

# Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung  
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt

von

Tristan Abromeit

Dezember 2007

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 56.12

(14 +16+11 Seiten)

Otto Lautenbach

Sinkender Zins macht Weltpolitik

(Mit Anmerkungen von TA)

**1938**

Josef Hüwe

**Vor 50 Jahren:**

Freiwirtschaft an der Wiege der Sozialen Marktwirtschaft

2004

Ernst Winkler

Otto Lautenbach – Persönlichkeit und Werk

aus: Freiheit – Oder?

1980

Günter Bartsch

Die Dunkelstellen der NWO-Bewegung  
und der Fall Otto Lautenbach

aus: Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz

Werner Onken / Günter Bartsch / 1997

(Übertragen mit Texterkennungsprogramm im November 2007 von TA)

OL \*)

## **Sinkender Zins macht Weltpolitik**

*Wir wollen in Deutschland nicht von Renten, sondern von der Arbeit leben.*  
*Reichswirtschaftsminister Funk*

Die chaotischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wirren in den Kriegs- und Nachkriegsjahren haben ein Gutes gezeitigt: die sozialen und wirtschaftlichen Fragen bewegten die Leidenschaften, forderten den Menschen auf, seinen Verstand zu gebrauchen, um die Vernunft in den Dienst einer neuen Ordnung zu stellen. Vor dem Kriege fand man sich mit den sieben mageren Jahren ab, in der Hoffnung auf die sieben fetten, die da kommen sollten. Der Wechsel von Konjunktur und Krise wurde wie ein Naturgesetz angenommen, blindlings vertraute man der Goldwährung und ihrem Automatismus und im übrigen ließ man den lieben Gott einen guten Mann sein. In den Nachkriegsjahren wurde auf diesem Gebiet des menschlichen Zusammenlebens Eingriff nach Eingriff erfordert, zumeist stümperhaft durchgeführt, jedoch mit dem einen Erfolg: der Glaube an die „Selbsteheilungskräfte“ des Liberalismus war erschüttert. Theorie und Praxis suchten nach neuen Lösungen. Unter dem Druck der täglichen Forderungen sind wir hellhöriger geworden. Vor dem Kriege war selbst für den Wissenschaftler wahre Volkswirtschaft bestenfalls ein Tummelplatz für schiefe, lebensfremde Begriffe; heute gibt es noch kaum einen Schuljungen, der nicht weiß, was für die Wirtschaft eines jeden Landes von dem Besitz der Rohstoffe abhängt. Die Währungsfrage wird fast täglich recht und schlecht in vielen Zeitungen behandelt. Die Kolonialfrage ist nicht mehr eine Sache der Flagge und der Uniform, eine Sache des politischen Glanzes, sondern ist zur Lebensfrage der Nation geworden.

Auf volkswirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist die Erkenntnis fortgeschritten. Es gehört zum Wissensbestand des gesamten Volkes, daß für eine Wirtschaft die Bausteine Rohstoffe, Maschinen, Arbeitskräfte und ihre Betätigung unerläßlich sind. Weniger bekannt sind indessen auch heute noch die inneren Zusammenhänge und die Gesetzmäßigkeiten und die Wirkungen vieler, als nebensächlich erachteter, Wirtschaftseinrichtungen. Vom Zins, von seinem Ursprung und seinen Wirkungen weiß man allgemein noch nicht viel mehr, als daß ihn der Eine nicht gern bezahlt und der Andere ihn sehr gern nimmt. In der Währungsfrage sind wir zwar einen entscheidenden Schritt vorwärts gekommen. Der Goldfetischismus ist über Bord geworfen, es ist durch die Praxis bewiesen und durch die Theorie begründet, daß ohne Golddeckung eine Währung sehr zweckmäßig verwaltet und außerordentlich gut

- 697-

funktionieren kann. Ja, wir haben erkannt, daß eine von dem metallischen Deckungshindernis befreite Währung viel leichter den Lebensbedürfnissen der Wirtschaft angepaßt werden kann als die starre Goldwährung. Zu den

letzten Einsichten ist man jedoch auf diesem Gebiet noch nicht durchgedrungen: so herrscht noch keine klare Vorstellung darüber, wie es mit dem geringsten Aufwand an Mitteln mit der Währungspolitik möglich ist, eine wirtschaftliche Krise in eine Vollbetriebswirtschaft aufzulösen und vor allem diese zu erhalten. Der alte, bequeme und fatalistische Glaube, mit naturgesetzlicher Sicherheit müsse jedem Wirtschaftsaufschwung eine Krise folgen, ist jedoch überwunden. Der Fortschritt in den Erkenntnissen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ist von bedeutendem Ausmaß. Die Weiterentwicklung wird uns in Theorie und Praxis auch noch auf die umfassende Erkenntnis stoßen, die zwar heute noch fehlt, aber Stück um Stück sich durchsetzt, die Erkenntnis, daß die Bausteine der Wirtschaft als da sind: Rohstoffe, Arbeitskräfte, Maschinen auf der einen Seite mit der Währungsverwaltung, mit dem Verteilungsapparat auf der anderen Seite in die Beziehungen gesetzt werden, die dem Zweck der Wirtschaft am besten entsprechen. Von hier aus werden wir dann auf die entscheidende Rolle aufmerksam, die bei all diesen Vorgängen der Zins spielt. Durch die Forschungsarbeit genialer Wissenschaftler und durch die oft sehr schmerzlichen Erfahrungen schreitet auch hier die Erkenntnis unaufhaltsam vorwärts. Dies beweisen die ganz neuartigen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern, Erscheinungen, die geklärt sein wollen und Fragen, die dadurch aufgeworfen werden.

Um diese zu sehen, brauchen wir nur die Methoden zu betrachten, mit denen die verschiedenen Länder aus der letzten Wirtschaftskrise sich herausgewunden haben, und die Erscheinungen zu untersuchen, die dadurch zutage traten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der abendländischen Völker wurde durch die Folgen des Versailler Diktates zerstört, die internationale Nachkriegsgoldwährung ist in der Krise zerbrochen. Jedes Land war darauf angewiesen, in wirtschaftlicher Beziehung sein Schicksal nicht mehr internationalen Konferenzen zu überlassen, sondern in die eigenen Hände zu nehmen und handelnd gegen den wirtschaftlichen Niedergang vorzugehen, der eine soziale Katastrophe heraufzubeschwören drohte. Auf vielfältigen Wegen haben eine ganze Reihe Länder große Erfolge dabei errungen. So war im Jahre 1937 in fast allen wichtigen Ländern gegenüber 1932 ein beachtlicher Aufstieg der Wirtschaft erreicht. Führend dabei waren, um die wichtigsten Länder mit den charakteristischsten Methoden zu nennen: Deutschland, das Britische Weltreich und Schweden. In diesem Wirtschaftsaufstieg wurde das bewiesen, was einige wenige Wissenschaftler schon lange behauptet und theoretisch begründet hatten: mit zunehmender Wirtschaftstätigkeit und damit verbundener Kapitalbildung muß der Zins sinken. Im Verlaufe des Wirtschaftsaufstieges ist auch tatsächlich in London der Zinsfuß auf 3% heruntergegangen. In Schweden, das sich einer ausgezeichneten Hochkonjunktur erfreut, ist der Zins bereits unter 3% angelangt. Selbst in Deutschland, einem kapitalarmen Land, ist es unter schwierigsten Bedingungen, ohne Zwangsmaßnahmen, auf organischem Wege gelungen, den Zins auf 4 ½ % herunterzudrücken. In den übrigen Ländern mit aufsteigender Konjunktur ist ebenfalls ein starkes Absinken des Zinses festzustellen, wenn

- 698 -

auch, wie in Holland und in der Schweiz mehr flüchtendes Geld als echtes Kapital an dem Druck auf den Zins beteiligt sind. Der Aufstieg aus der Krise in eine Hochkonjunktur mit einem Absinken des Zinses bis auf  $2\frac{1}{2}$  bis 3% vollzog sich in knapp fünf Jahren! In diesem Tempo und in diesem Ausmaß hat man die Zinssenkung in früheren Blütezeiten der Wirtschaft noch nie beobachten können. Das so ungewöhnlich rasche Absinken des Zinses in den kapitalistischen Ländern hat zwei wesentliche Gründe: Zunächst ist es durch die ausgebildete moderne Technik hervorgerufen. Kapital wird durch Arbeit gebildet. Mit dem gleichen Aufwand an Arbeitskraft lassen sich in der gleichen Zeit mit den modernen Maschinen, den vervollkommneten Arbeitsmethoden viel rascher neue Maschinen, neue Häuser, also neue Sachkapitalien herstellen als früher. Je schneller aber die neuen Kapitalien gebildet werden, desto eher muß der Druck auf den Zins wirksam werden. *Angewandte Technik in einer Vollbetriebswirtschaft ist der gefährlichste Feind des Zinses.*

Sodann haben die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Welt einen Ausweg erschlossen, auf dem sich der Zins vor dem Druck neu gebildeter, konkurrierender Kapitalien zu retten versuchte. Wurde in früheren Zeiten der Druck der neu gebildeten Kapitalien auf den Zins wirksam, so schaute der Kapitalbesitz über die Grenze, um dort seinen „Überfluß“ bei gleicher Sicherheit zinstragend unterzubringen. Heute wagt sich das Kapital nicht mehr über die Grenzen, weil die allgemeine Währungsunsicherheit ein starkes Risiko in sich schließt und im Krisenfolge in vielen Ländern heute Transferschwierigkeiten bestehen oder erwartet werden, und schließlich, weil in kapitalhungrigen Gebieten, wie in China, der Krieg tobt oder, wie in Sowjetrußland, keinerlei Sicherheit für die Anlage besteht. Überdies haben Länder wie Deutschland überhaupt abgelehnt, Kapitalhilfe vom Ausland in Anspruch zu nehmen. So ergießen sich die neu gebildeten Kapitalien ausschließlich ins eigene Land und drücken auf den Zins.

Der sinkende Zins ist eine Welterscheinung geworden. So konnte die Frankfurter Zeitung am 27. Februar 1938 schreiben: *„Kapitalüberfluß ist vielmehr eine internationale, sich ausbreitende und in manchen Ländern sogar eine sich noch verstärkende Erscheinung geworden, der zunehmende Aufmerksamkeit, ja Sorge gilt.“* In den Jahren der Krise war der Kapitalmangel die Sorge aller verantwortlichen Wirtschaftsführer. Heute sorgt sich die Welt darum, wie sie ihren Kapitalüberfluß unterbringen kann. So schreibt z. B. über diese Erscheinungen und ihre Ursachen der schwedische Professor Akerman in einem Aufsatz des Vierteljahresberichtes der Skandinaviska Kredit A. B. vom Januar 1938: *„Für meinen Teil glaube ich daher, daß wir in Schweden, wenn es nicht wieder zu einem Weltkrieg kommt, binnen einiger Jahre auf ein Zinsniveau von  $2\frac{1}{2}$  % (dasselbe Niveau, wie es in England 1896 — 98 bestand) oder vielleicht noch niedriger herabgekommen sein werden. Für uns wäre ja eine solche Lage völlig ohne Gegenstück in der Vergangenheit. Aber ebendies gilt ja auch von unseren allgemeinen wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die Expansion unserer Industrie schreitet eben nicht mehr in so raschem Tempo fort, sie finanziert ihre Erweiterungen im großen ganzen selbst und dürfte darüber hinaus gewisse Sparüberschüsse schaffen.“*

Zeugnisse dieser Art ließen sich vermehren. Es kann einwandfrei festgestellt

werden, daß in den wichtigsten Ländern der Welt der Zins gesunken ist. Es ist eine Binsenwahrheit, daß nur bei einem starken Angebot von Kapital, also nach starker Kapitalbildung, also in einer aufstrebenden Wirtschaft der Zins absinken kann. Es muß ferner festgehalten werden, daß *in all diesen Ländern der Wirtschaftsaufschwung herbeigeführt worden ist durch eine Währungspolitik, die losgelöst vom Gold sich mit Erfolg zum Ziel gesetzt hat den durchschnittlichen Preisstand gleich zu halten, um das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz herzustellen*. Wenn sich die kapitalistische Welt heute über den Zins Sorgen macht, so kann sie auf kurze Zeit noch beruhigt sein. Eine Gegenwirkung liegt vor allem in den starken Ansprüchen, die die neue Aufrüstungswelle in der Welt stellt. So hat sich hauptsächlich in England gezeigt, daß die Nachfrage nach Kapital für Rüstungszwecke das weitere Absinken des Zinses verhindert. Diese Gegenwirkung aber ist vorübergehender Natur, weil ja die gesamte Kapitalneubildung nicht bis ins Unendliche in die Rüstung gesteckt werden kann. Deutschland macht zwar hier eine Ausnahme. Wir verzeichnen allerdings auch eine erhebliche Zinssenkung, aber unter der planmäßig gelenkten deutschen Volkswirtschaft ist diese Erscheinung anders zu bewerten. Unser kapitalarmes Land mußte aus einer schweren Krise herausgeführt werden. Wir haben alle finanziellen Mittel planmäßig eingesetzt, durch eine fast vollständige Emissionssperre und viele Investitionsverbote alle freiwerdenden finanziellen Mittel der aufstrebenden Wirtschaft für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben, wie sie in der Aufrüstung und im Vierjahresplan gestellt sind freigemacht. Wir haben also die private Kapitalnachfrage abgedrosselt und das Kapitalangebot durch die Wirtschaftsbelebungen größer werden lassen. Die deutsche Wirtschaftsführung hat das Gesetz der Zinsbildung durch Kapitalangebot und Kapitalnachfrage nicht frei spielen lassen, sondern die Nachfrage heruntergedrückt und das Angebot möglichst gesteigert. Das außerordentlich günstige Ergebnis der letzten 4 ½ proz. Anleihen zeigt, daß diese Zinshöhe für Deutschland heute das natürliche Ergebnis der Wirtschaftspolitik ist.

So sehen wir, wie die allgemein aufsteigende Wirtschaft mit den verschiedensten Methoden herbeigeführt, überall zwei Merkmale hat: dort wo der durchschnittliche Preisstand etwa gleich gehalten wurde, wie in Deutschland England und Schweden, konnte sich, unterstützt durch andere Faktoren eine allgemeine Wirtschaftsbelebungen durchsetzen. In all diesen Ländern war das Ergebnis ein sinkender Zins, der heute der Welt angeblich so große Sorgen macht.

Wir können verstehen, daß sich die Zinsbezieher Sorgen darum machen, weil ihr arbeits- und müheloses Einkommen im Schwinden begriffen ist. Daraus können wir aber *keine allgemeine Sorge* ableiten. Wir brauchten nur einmal in Schweden Umfrage zu halten, wie weit der Bedarf aller arbeitswilligen Menschen noch ausgedehnt werden kann, wieviel Kapital investiert werden mußte, um all diesen Bedarf herzustellen, so könnten wir das Gerede ad absurdum führen, das aus einer reichlichen Kapitalversorgung einen „Überfluß“ zu machen versucht, nur weil die Zinsbezieher in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Erscheinung des absinkenden Zinses hat auch die Zinsfreunde auf den Plan gerufen, die nun plötzlich entdecken, daß ein sinkender Zins viele kleine

Sparer bedrohe und zu einer Erhöhung der Prämien bei den Lebensversicherungen führen müsse und somit schwere soziale Schädigungen hervorrufen würde. In Holland hat sich sogar eine „Anlagefront“ gebildet, die den Kapitalstreik auf ihr Panier geschrieben hat, um den Zins zu retten. Nun sieht es tatsächlich so aus, als ob ein Sinken des Zinses den Sparer und die Versicherten schädigen müsse. Eine volkswirtschaftliche Betrachtung dieser Frage aber gibt ein anderes Bild. Die Gesamtproduktion einer Volkswirtschaft löst sich auf der anderen Seite in den Gesamteinkommen des Volkes auf. Werden nun die Zinseinkommen relativ geringer, so müssen die Arbeitseinkommen relativ höher werden. An diesem Satz ist nicht zu rütteln. Allerdings findet eine weitere wichtige Abzweigung von den Einkommen einer Volkswirtschaft statt: die Steuern des Staates. Sinkt der Zins, so wird aber das Steuerbedürfnis des Staates nicht höher, sondern geringer, weil ein großer Teil der Staatsausgaben zur Verzinsung der Anleihen benutzt werden muß, die bei niedrigerem Zins weniger Mittel erfordert. Selbst wenn der Staat dann keine Steuerermäßigung vornimmt, so werden bei niedrigerem Zins größere Mittel zur Erfüllung anderer Aufgaben frei. Sinkender Zins bedeutet also keine soziale Bedrohung, sondern lediglich eine Schmälerung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Wir in Deutschland können uns nur dem anschließen, was Reichswirtschaftsminister Funk sagte: „Wir wollen in Deutschland nicht von Renten, sondern von der Arbeit leben“.

In allen Ländern, die eine Wirtschaftsblüte zu verzeichnen haben ist der Zins ins Hintertreffen geraten. Die großen Kapitalansprüche, welche die Aufrüstung in aller Welt stellt, werden ihm auf kurze Zeit zuhilfe kommen. Die moderne Technik wird diese Aufgabe rascher erfüllen können als es dem Zins und seinen Beziehern lieb ist. Dann steht jedes Land mit sinkendem Zins vor der entscheidenden Frage: Was nun? Darauf gibt es drei Antworten. Die Antwort der internationalen Finanz wird sein, der Zins muß unter allen Umständen bleiben. Von dieser Seite aus wird also versucht werden, den alten Weg des Geldstreikes zu beschreiten, der in Holland durch die Anlagefront und in den USA. durch den „Sitzstreik der 60 Familien“ angekündigt wurde. Diese seit Josef von Ägypten bewährte Methode zur Erhaltung eines hohen Zinses führt in eine Wirtschaftskrise hinein, in der bei gelähmter Produktion aus der Substanz gelebt wird, die Sparguthaben sich im Verbrauch auflösen, so daß am Ende der erfolgreichen Prozedur ein Kapitalmangel ein höherer Zinsfuß steht. Dieser Weg hatte sich in England im vergangenen Herbst bereits angebahnt, als ein fühlbarer Rückschlag in der Beschäftigung der Industrie eingetreten ist. Durch die umfangreichen Rüstungsinvestitionen ist der Krisenbeginn vertagt, aber nicht aufgehoben. Auch in Schweden macht sich ein Konjunkturrückgang bemerkbar. Die Investitionslust der Hang zur Liquidität, also zum Zurückhalten des Geldes ist gestiegen. Eine aufbauende Wirtschaftspolitik kann sich niemals zum Ziel setzen, um des Zinses willen das gesamte Volk in eine Krise hinein zu treiben. Es ist in den Jahrzehnten vor dem Krieg gelungen, auf diesem Wege den Zins immer wieder vor dem Aufgehen in der Arbeit zu retten. Heute jedoch führt eine Wirtschaftskrise, wie wir von 1932 her wissen, zu sozialen und politischen Spannungen, die verhindern, daß der Weg bis zum vollen Erfolg für den Zins zuende geschritten werden kann.

**So bleibt den Zinsinteressenten ein weiterer Weg offen: Der Krieg. Professor Akerman schreibt in seinem oben angeführten Aufsatz im Vierteljahres-**

**bericht der Skandinaviska Kredit A. B., daß der Zins weiter sinken wird, „wenn es nicht wieder zu einem neuen Weltkrieg kommt.“ In diesem un-scheinbaren Nebensatz ist ungeheuer viel zu lesen: ein größerer Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen würde schlagartig günstige Voraussetzungen für das Zinskapital schaffen. Ein Krieg erfordert die Anspannung aller Kräfte für die Verteidigung des Landes. Er erfordert wirtschaftlich den Einsatz aller Kapitalien im Dienste der Kapitalvernichtung. All die zerstörten Häuser und Städte, die Verwendung des Geldkapitals, schaffen am Ende bei Sieger und Besiegten einen derartigen Mangel an Kapital, daß für den Zinskapitalismus die fetten Jahre beginnen können. Wir wissen aus der Geschichte, wie oft schon Finanzpiraten Kriege hervorgerufen haben, um ihrer Geschäfte willen. So ist dokumentarisch nachgewiesen worden, daß es Morgan war, der zum Schutze seiner an die Alliierten gegebenen Anleihen die USA gegen Deutschland in den Krieg getrieben hat.**

**Der dritte Weg, der dem Zins zu seiner Rettung offen steht, ist die Versorgung kapitalhungriger Länder mit der Kapitalneubildung, die im eigenen Lande auf den Zins drückt. Ferner die Erschließung neuer Räume zu Neuanlagen von Kapital. Der Finanzkapitalismus hat es sich große Mühe kosten lassen, in den letzten Jahren wieder eine neue goldene Internationale aufzurichten, um auf diesem Wege die Ablehnung von Auslandsanleihen durch manche Länder, wie z. B. Deutschland zu brechen. Wie die Dinge heute liegen, bestellt nur noch wenig Aussicht, daß diese goldenen Blüenträume jemals wieder reifen. Selbst wenn es noch an Einsicht fehlt, so sind doch die Erfahrungen zu bitter und die Erinnerungen noch zu frisch, die mit der letzten goldenen Internationale gemacht wurden. Es ist ein Großteil der Bemühungen heute mit Hilfe der Politik darauf gerichtet, die noch unerschlossenen Räume in China und Sowjetrußland für den angelsächsischen Finanzkapitalismus zu öffnen. Die Konflikte im fernen Osten, die eifrigen Bemühungen Englands und der USA gegen Japan haben hier eine Haupttriebfeder.**

**Die beiden letztgenannten Wege, der Krieg und die Erschließung neuer Räume führen aber nicht zur Endlösung der Zinsfrage, sondern bewirken nur eine längere Vertagung, und immer wieder muß es zur Beschreitung des ersten Weges, zum Weg in die Krise kommen. Es wird hier erschreckend deutlich, welch unheimliche Politik vom Zins und den an ihm interessierten Mächten ausgeht. Mit der Wirtschaftskrise greift sie in das Gefüge der Innenpolitik. Mit Krieg, mit der Erschließung neuer Räume, mit internationalen Währungs- und Kreditvereinbarungen greift der Zins, häufig noch unerkannt, wirksam in die Außenpolitik ein. Heute spielt diese Frage eine große, wenn nicht entscheidende politische Rolle, hauptsächlich von England und den USA aus. So oder so wird die heute brennende Frage, was bei sinkendem Zins zu geschehen hat, immer wieder auftauchen und nicht eher zur Ruhe kommen, bis sie gelöst ist. Eine wirkliche Lösung kann aber nie im Dienste des zerstörenden Zinses, auf den gezeigten drei Wegen, sondern nur im Dienst der aufbauenden Arbeit gefunden werden. Die Technik hat unserem Zeitalter das Gepräge aufgedrückt und sie meint Ausdehnung, Fortschritt, Aufbau. Der Zins aber beengt und behindert sie. Vor allem aber wollen wir arbeiten**

**und die Früchte unserer Arbeit selbst ernten. Die heutige Welt vor allem Deutschland lehnt es ab, die Völker zum Spielball von materiellen Interessen einer dünnen Schicht zu machen, lehnt es ab, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und damit verbundenen moralischen und politischen Zerfall als ein unabänderliches Schicksal hinzunehmen. Wir werden alle Kraft und alle Erkenntnis einsetzen, dieses Schicksal zu meistern, die Wirtschaft vollkommen in den Dienst der arbeitenden Menschen zu stellen. Das wird das Ende des Rentners bedeuten.**

**Keynes hat in seiner neuen Zinstheorie gesagt, „wenn es möglich sein sollte Zustände von mehr oder weniger dauernder Vollbeschäftigung zu erhalten so wird das den sanften Tod des Rentners bedeuten und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.“ Zu dieser Lösung der Zinsfrage muß es kommen, wenn die schmerzlichen Lehren der letzten Jahrzehnte nicht umsonst gewesen sein sollen.**

\*) OL ist Otto Lautenbach. Bei Günter Bartsch ist über Lautenbach in „Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – Geschichtlicher Grundriß 1891 – 1992/93“ zu lesen:

Otto Lautenbach, einst Vorstandsmitglied des FWB (*Freiwirtschaftsbund TA*), sah nach dem Machtantritt der NSDAP seine Stunde gekommen. Zusammen mit Kurt Becker und anderen Freiwirten gab er die Zeitschrift „Schule der Freiheit“ (SdF) heraus, die trotz zweimaligen kurzen Verbots bis Mitte 1943 erscheinen konnte, zeitweilig sogar als Wochenzeitung in einem eigenen Verlag. Bei dem rechten Flügel um Paul Hasse, bei Nietzsche und der sogenannten Nationalen Revolution anknüpfend, vertrat Lautenbach einen Deutschen Sozialismus freiwirtschaftlicher Färbung. In seiner „Schule der Freiheit“ wurde der Antisemitismus zunächst abgelehnt und als geschmacklos kritisiert, doch im Laufe der Zeit fiel dieser Vorbehalt weg. Kurt Becker feierte den Zweiten Weltkrieg als große Auslese.

Als sich alle Versuche, auf Hitler und seine Regierung einzuwirken, damit sie die Ketten der Goldenen Internationale zerrissen, als fruchtlos erwiesen, ging ein Teil der SdF-Mitarbeiter 1938 in Opposition. Daraus entstand ein vor allem auf Karl Walkers Schriften sich stützender Widerstandskreis, der ein Programm für die Nachkriegszeit ausarbeitete, das Pfingstprogramm von 1943. (S. 328)

Ich kann mir kein eigenes Urteil über Lautenberg erlauben, weil ich zu wenig über ihn weiß. Nur habe ich Zweifel, daß Bartsch Lautenberg richtig skizziert. Wir haben nicht nur zu berücksichtigen, daß in der gesellschaftlichen Not, die die Nationalsozialisten an die Macht gebracht hat, die meisten Gruppen, Verbände, Gemeinschaften in eine Kontra-, Pro- oder Ohnemich-Haltung zum Nationalsozialismus gespalten hat, sondern auch, daß die Menschen, die zum politischen Denken und Handeln neigen, in solche aufzuteilen sind, die als idealistisch und realistisch bezeichnet werden können. Die so genannten Realpolitiker teile ich noch in

zwei Gruppen auf: in die der Opportunisten und die der Zieltreuen. Der zieldreue Realpolitiker versucht unter wechselnden Bedingungen etwas zu bewirken, ohne seine eigenen Ziele zu vergessen oder aufzugeben. Ich habe nun bei Wikipedia nachgeschaut, wie dort der Opportunist definiert wird. Interessanterweise stoßen wir hier wieder auf Hitler, der als Beispiel eines Opportunisten benannt wird. Hier liegt vielleicht auch der Grund, daß so viele Deutschen jener Zeit glaubten im oder mit dem Nationalsozialismus etwas in ihrem (gut gemeinten) Sinn bewirken zu können. Als Gegenbegriff zum Opportunisten wird von Wikipedia der *Ideologe* angeboten. Das halte ich für keinen glücklichen Vorschlag, weil die Inhalte der unterschiedlichen Ideologiebegriffe in eine andere Richtung deuten. Die Gegenposition zum Opportunisten ist eher der der Idealist, der um seiner Ideale willen sich opfert (und dadurch für seine Familie oder seinen Verband zur Belastung werden kann). Nun Opportunismus laut Wikipedia:

*Opportun* heißt „herangetragen“ (wörtlich), „gelegen“ (figurativ), und bezieht sich auf eine günstige Gelegenheit; der *Opportunist* geht allerdings viel weiter, er nutzt eine günstige Gelegenheit ohne Rücksicht auf Konsequenzen oder eigene Wertvorstellungen zu seinem Vorteil. Es ist ein überwiegend negativ besetzter Begriff: Der Opportunismus stellt die Zweckmäßigkeit über die Grundsatztreue. Eine abgeschwächte Form des Opportunismus findet sich im Pragmatismus oder eventuell auch Realismus wieder. Man kann als Gegenpol zum Opportunisten den Ideologen sehen. Überhaupt ist der Dogmatismus als der „Gegenspieler“ des Opportunismus anzusehen. In diesem Begriffszusammenhang ist es schwierig, den Übergang zwischen Kompromissbereitschaft und Opportunismus zu definieren / festzulegen. Politischer Opportunismus nimmt unter Umständen langfristige Nachteile in Kauf, um kurzfristig Zustimmung zu erzielen und bedeutet oftmals das Aufgeben der eigenen Meinung - teilweise oder ganz - zum Vorteil einer anderen Meinung, welcher man größere Chancen auf allgemeine Zustimmung einräumt.

Die darwinsche Evolutionstheorie beschreibt beispielsweise ein opportunistisches Prinzip in der Natur. In der Ökologie bezeichnet Opportunismus ein Verhalten von an sich harmlosen Parasiten, die bei einer Abwehrschwäche des Wirtes zu gefährlichen Krankheitserregern werden (siehe unter Parasitismus).

In der Geschichte ist Adolf Hitler ein Beispiel für einen Opportunisten. In seinen propagandistischen Reden, mit denen er versuchte, neue Wähler zu gewinnen, versprach er beispielsweise Vermietern steigende Mieteinnahmen, den Mietern aber gleichzeitig sinkende Mieten, oder, wesentlich grundlegender, antikapitalistische Forderungen wie Verstaatlichungen und Gewinnbeteiligungen einerseits und Schutz des Privateigentums andererseits. Je nach Situation passte er sich also an, ohne dabei einer Linie treu zu bleiben. Die nationalsozialistische Herrschaft wies entsprechend dem Opportunismus ihrer Führungskräfte keine widerspruchsfreie Programmatik auf.

Erinnert die Haltung der NSDAP unter Hitler bezüglich der Versprechen gegenüber den Wählern, gegenüber dem Volk allgemein, nicht an das Verhalten beliebiger Volksparteien von heute?

Auf der Grundlage dessen, was ich von Lautenbach wahrgenommen habe, sortiere ich ihn unter den zieldreuen Realpolitikern ein.

Von der Internetseite <http://www.INWO.de> ( Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung INWO) habe ich den nachfolgenden Text von Josef Hüwe übernommen, der die Rolle Otto Lautenbachs nach dem zweiten Weltkrieg widerspiegelt. Es geht um die Kooperation der Ordoliberalen und Freiwirtschaftler in der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*.

Nachträglich habe ich mich entschlossen den ganzen Beitrag von Günter Bartsch – aus dem das vorhergehende Zitat zu Otto Lautenbach stammt – und einen Beitrag von Ernst Winkler zu Otto Lautenbach hier zugänglich zu machen. (Es soll auch dazu anregen, die Hefte, die noch im Handel sind, zu erwerben.)

Mein Eindruck ist, Bartsch und Winkler beschreiben zwei verschiedene Personen. Bartsch interpretiert dabei nur schriftliche Zeugnisse, während Winkler Lautenbach in Wort und Wirklichkeit erlebt hat.

# Vor 50 Jahren: Freiwirtschaft an der Wiege der Sozialen Marktwirtschaft

Von Josef Hütwe

Januar 2004

Vor rund fünfzig Jahren waren einige fachkompetente Vertreter der Freiwirtschaftstheorie mit ihren Reformvorschlägen recht nahe dran an der "großen" Politik. An der Wiege der bundesdeutschen sozialen Marktwirtschaft wurden sie gehört und respektiert. Ihre Aktivitäten fanden in den Medien zeitweise größere Beachtung.

Im Januar 1953 gründete der Freiwirtschaftler Otto Lautenbach die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). Im Juli 1954 verstarb er. Diese Daten markieren zum einen das Plateau einer Aufwärtsentwicklung, zum anderen den Beginn schwindenden Einflusses und abnehmenden allgemeinen Interesses.

Im Zuge des organisatorischen Wiederaufbaus der Freiwirtschaftsbewegung, deren Organisationen unter Hitler verboten waren, erfolgte 1946 auf Initiative Otto Lautenbachs die Neugründung des Freiwirtschaftsbundes (FWB), einer Organisation ohne Parteistatus. Dessen Mitglieder wurden auch von etlichen Wissenschaftlern, Spitzenpolitikern und wirtschaftlichen Führungskräften respektiert, einerseits wegen der wissenschaftlich und realpolitisch seriösen Argumentation ihrer Denkschriften und Eingaben, andererseits aufgrund starker öffentlicher Resonanz: Bei zahlreichen Veranstaltungen hohe Teilnehmerzahlen. Vor allem drei 1947/48 verfasste Denkschriften zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung erzielten stärkere Wirkung.

Größeres allgemeines Interesse an freiwirtschaftlichen Ideen spiegeln auch einige Wahlergebnisse der freiwirtschaftlichen Partei der britischen Besatzungszone, der Radikalsozialen Freiheitspartei (RSF), wider: Bundestagswahl 1949: In Bremen und NRW je 2,1% der Stimmen. Landtagswahlen: 1949 in Hamburg 2,0%, 1950 in NRW ebenfalls 2,0%.

In der von Lautenbach herausgegebenen Halbmonatsschrift "Blätter der Freiheit" (sechs Jahrgänge von 1949 bis 1954) veröffentlichten wiederholt auch namhafte Wirtschaftswissenschaftler wie Franz Böhm, Ludwig Erhard (der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler), Fritz Hellwig, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Lautenbach seinerseits war vorübergehend Mitarbeiter der von Ludwig Erhard herausgegebenen Zeitschrift "Währung und Wirtschaft".

Mitglieder des FWB verhandelten mit wissenschaftlich kompetenten Organisationen und öffentlichen Instanzen, zum Beispiel 1952 zweimal mit dem Direktorium der Bank Deutscher Länder, dem Vorläufer der Deutschen Bundesbank. Hier wurde über die Bedeutung der Geldmenge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes für die Stabilisierung der Währung volle Übereinstimmung erzielt. Keine Zustimmung fanden dort die leider oft als "inflationfördernd" missverstandenen geldtechnischen Vorschläge für eine Stabilisierung (Verstetigung) der Umlaufgeschwindigkeit.

## Individual- und Sozialprinzip

Der FWB vertrat eine möglichst reine Form von sozialer Marktwirtschaft. Eine andere, einflussreichere ideengeschichtliche Quelle einer konsequenten sozialen Marktwirtschaft war die ordoliberalen Wirtschaftstheorie Walter Euckens (1891-1950). Diese auch als "Freiburger Schule" und Neoliberalismus bezeichnete Richtung (nicht zu verwechseln mit dem heutigen antisozialen Neoliberalismus!) forderte eine ausdrückliche Rahmenrechtsordnung für die Wirtschaft mit dem Ziel, das Individualprinzip mit verpflichtendem Sozialprinzip zu verknüpfen. Dazu sollten eine umfassende Antimonopolgesetzgebung und Korrekturen der Einkommensverteilung entscheidend beitragen.

Die ordoliberale Abgrenzung vom Liberalismus/Kapitalismus alten Stils hat Alexander Rüstow zum Beispiel mit folgenden Worten deutlich gemacht: "Diese Wirtschaftsform des traditionellen big-business-Kapitalismus oder wie man sie sonst nennen will, diese Wirtschaftsform paläoliberaler 'laissez-faire'-Wirtschaft ist in sich instabil und führt auf dem Wege der eben angedeuteten Inkonsequenzen zur Monopolbildung, zu privaten Machtzusammenballungen..."

Das Konzept der Freiwirtschaftler stimmte mit Grundprinzipien Euckens überein, enthielt aber als Rahmenbedingung weitergehende Forderungen: eine Bodenrechtsreform und eine Geldreform, um damit Voraussetzungen zu schaffen für ein selbstregulatives soziales Gleichgewicht im Rahmen einer Rechtsordnung, um auf diese Weise eine Verknüpfung von Individual- und Sozialprinzip herzustellen und private und staatliche Vermachtung der Wirtschaft zu verhindern.

### **Kooperation von Freiwirtschaftlern und Ordoliberalen**

Die beiden einerseits wesensverwandten, andererseits doch wieder unterschiedlichen Wirtschaftstheorien begegneten sich in ihren maßgebenden Vertretern in den Jahren 1951 bis 1954 zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Auf der einen Seite u.a. Ernst Winkler und vor allem Otto Lautenbach, auf der ordoliberalen Seite u.a. Franz Böhm, Fritz Hellwig und Alexander Rüstow. Die Tagungen des Freiwirtschaftsbundes wurden zunehmend ein öffentlich anerkanntes Forum der Erarbeitung und Darstellung wissenschaftlich begründeter und umsetzbarer Prinzipien für Wirtschaft und Gesellschaft.

Insbesondere zwei Tagungsprotokolle aus den Jahren 1951/52 - Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft und Das Programm der Freiheit - dokumentieren die Kooperation von Freiwirtschaftlern und prominenten ordoliberalen Gästen. Beide Seiten sahen in einer freien und sozial gerechten Marktwirtschaft vor allem auch ein entscheidendes Fundament der Demokratie und eines freien Europa. Und man war sich auch folgender Aussage Euckens bewusst: "Eine ethische Besserung des Menschen kann die Schäden der Ordnung nicht beseitigen...Die Gesamtordnung sollte so sein, dass sie den Menschen das Leben nach ethischen Prinzipien ermöglicht."

Über den Bundestag des FWB am 9./10. November 1951 in Heidelberg haben Zeitungen des In- und Auslandes zum Teil in längeren Beiträgen ausführlich positiv berichtet, u.a. FAZ, Rhein-Neckar-Zeitung, Rheinischer Merkur, Handelsblatt, Der Volkswirt und in der Schweiz die Wochenzeitung Freies Volk. DIE ZEIT vom 15. Nov. 1951 schloß ihren zustimmenden Bericht mit dem Satz: "Das Attribut "sozial" muß mehr sein als ein zartrosa Etikett zur beliebigen Verwendung bei lediglich propagandistischem Bedarf: nämlich eine zu praktizierende Verpflichtung."

## **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft**

Otto Lautenbach, der in einem Zweckbündnis mit den Ordoliberalen eine Chance sah, schuf Anfang 1953 mit der "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" (ASM) einen organisatorischen Rahmen für die Zusammenarbeit mit den Ordoliberalen. Im achtköpfigen Vorstand saßen vier Freiwirtschaftler. Zu den neun Beiratsmitgliedern gehörten drei Freiwirtschaftler und drei prominente Ordoliberale, u.a. Franz Böhm und Alexander Rüstow. Ehrenmitglieder waren Ludwig Erhard und Wilhelm Röpke. Punkt 2 der programmatischen Richtlinien der ASM - "Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung" - lautete: "Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht unterliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden."

Ludwig Erhard schrieb am 23.1.1953 an die Gründungsversammlung: "Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefasste Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg."

Die zweite große Tagung der ASM am 18./19.Nov.1953 in Bad Godesberg mit über 600 Teilnehmern, mit einer wichtigen Rede Erhards, in der dieser bereits vor den Gefahren für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft warnte, hatte ebenfalls starke positive Resonanz in Presse und Rundfunk des In- und Auslandes. Die "Godesberger Erklärung" der ASM wurde durchweg als richtungsweisend für den Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft angesehen. DIE ZEIT zum Beispiel kam in einem vierspaltigen Artikel in Nr 48 zu dem Schluß: "Der unbestreitbare Erfolg der Tagung spiegelte sich weniger in 'Rang und Namen' der anwesenden Persönlichkeiten wider, sondern mehr in dem Versuch, eine vorhandene Denklücke zu schließen - nämlich die Vollendung der 'Sozialen Marktwirtschaft' -, dem jetzt die Tat folgen muß." Aber es kam ganz anders.

### **Resignation**

Infolge des frühen Todes von Otto Lautenbach am 18.7.1954 fand die Zusammenarbeit von Freiwirtschaftlern und Ordoliberalen ein rasches Ende. Der FWB zerfiel im Streit um eine Neugestaltung der Organisationsform. In der ASM ging der Einfluss der Freiwirtschaftler immer mehr zurück. Im Laufe der Jahre gelangten überwiegend Vertreter der Wirtschaft in den Vorstand.

Ordoliberale Vorstandmitglieder zogen sich in den Beirat zurück. Sie resignierten in ihrer Reformfreude angesichts der Entwicklung der ASM und der Sozialen Marktwirtschaft. (Der Verein mutierte zu einem Unternehmer- und Kapital-Interessenverband, er besteht heute noch. In seiner Info-Broschüre wird der Gründer Lautenbach nicht genannt.)

Ludwig Erhard konnte ein freiheitlich-soziales Programm im Sinne der "Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung" politisch nicht durchsetzen. Schon am 9.9.1953 hatte DER SPIEGEL über den Wirtschaftsminister geschrieben: "Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett."

Der ehemalige Schüler des Soziologen Franz Oppenheimer konnte nur eine von A.Müller-Armack unter deutlicher Abgrenzung von Euckens ordoliberalen Konzept vorgeschlagene marktwirtschaftliche Variante, eine "sozial gesteuerte" Marktwirtschaft, realisieren, für die sich der Name "Soziale Marktwirtschaft" einbürgerte. Eine umfassende Antimonopol-Gesetzgebung blieb auf der Strecke, freiwirtschaftliche Reformvorschläge wurden ignoriert. An eine "Vollendung" der Sozialen Marktwirtschaft war nicht mehr zu denken.

Im Zuge des westdeutschen "Wirtschaftswunders" ging allgemein das Interesse an Rahmenbedingungen im Sinne Euckens und der Freiwirtschaftstheorie immer mehr zurück. Die Freisoziale Union (FSU), 1950 gegründet als Zusammenschluß der freiwirtschaftlichen Parteien der drei Besatzungszonen, erzielte zum Beispiel bei Wahlen im Jahre 1965 in keinem Bundesland mehr als 0,1% der Stimmen.

### **Freiwirtschaft wieder im Aufwind?**

Seit etlichen Jahren stoßen freiwirtschaftliche Reformvorschläge zweifellos wieder auf größere Resonanz. Werden sie demnächst auf der politischen Ebene vom Aufwind etwaiger ernsthafter sozialer Reformbemühungen erfaßt werden? Wenn aus der Geschichte zu lernen ist, dann müsste sich folgende Erkenntnis breit machen: Die rheinische Variante einer Sozialen Marktwirtschaft hat zwar zu Wohlstand geführt und den Aufbau eines Sozialstaates ermöglicht, aber die bisherigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen reichen langfristig nicht aus zur Stabilisierung des erreichten Niveaus. Schon seit längerem konnte der Sozialstaat nur mit Hilfe steigender Staatsverschuldung einigermaßen gehalten werden. Nun ist diese Politik an ihre Grenzen gestoßen, und es zeigen sich immer deutlicher Phänomene, die mit den freiwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hätten vermieden werden können, zum Beispiel: Progressive Ungleichheit der Einkommensverteilung, Akkumulation der Geldvermögen in Händen weniger bei entsprechenden Abströmen immer größerer Anteile der Arbeitseinkommen, ferner Massenarbeitslosigkeit und wachsende soziale Probleme. Die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft bleibt eine Aufgabe für Gegenwart und Zukunft. Zunächst einmal wäre, wie es in dem oben erwähnten Pressebeitrag heißt, "eine vorhandene Denklücke zu schließen".

Das Füllmaterial liegt seit über fünfzig Jahren bereit.

### **Quellenverzeichnis:**

Freiwirtschaftsbund: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft. 1952. Vorträge von Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach vom 9. und 10. November 1951.

Freiwirtschaftsbund: Das Programm der Freiheit. Wortlaut der Vorträge am 6. u. 7.11.1952.

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft: Tagungsprotokolle aus 1953.

Schmid, Werner: Neoliberalismus und Freiwirtschaft. Zürich 1957.

Winkler, Ernst: Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung. 1980.

Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980.

oooooooooooooooooooo

Weitere Informationen: „Freiheit?“ von Ernst Winkler

Neu als Heft 273/4 *Fragen der Freiheit* (Ordoliberalismus u. Freiwirtschaft) [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

Ernst Winkler

# Freiheit ?

Die zentrale Frage im politischen Ringen  
um eine gerechte Sozialordnung

Sonderdruck FRAGEN DER FREIHEIT

Ernst Winkler

**FREIHEIT – ODER?**

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung  
und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“

Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

Sonderdruck FRAGEN DER FREIHEIT

**Copyright 1980 by Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll/Eckwälden  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers**

**Gesamtherstellung Seeliger Sofort-Druck, Hannover**

# INHALTS-ÜBERSICHT

	Seite
I. Notwendige Vorbemerkungen	
1. Der Titel . . . . .	1
2. „Soziale Marktwirtschaft“ . . . . .	4
3. Ihre ideengeschichtlichen Ursprünge . . . . .	5
4. Das freiwirtschaftliche Ideengut . . . . .	7
5. Aus der Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung . . . . .	9
II. Geschichtliche Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung	10
1. Vorgeschichte . . . . .	10
2. Entwicklung 1912 - 1933 . . . . .	14
3. Unter Hitlers Herrschaft . . . . .	23
III. Neu gegründeter Freiwirtschaftsbund und Neuordnung Deutschlands	27
1. Neubeginn (Freiwirtschaftsbund) . . . . .	28
2. Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland . . . . .	32
2.1 Interzonale Koordination . . . . .	32
2.2 Freiwirtschaftsbund in der amerikanischen und der französischen Besatzungszone . . . . .	34
3. Übergeordnete und abhängige Organisationen	
3.1 Internationale Freiwirtschaftliche Union . . . . .	37
3.2 Vom Freiwirtschaftsbund gegründete Organisationen . . . . .	40
4. Politische Aktionen für die Neuordnung Deutschlands	
4.1 Werbung in Wort und Schrift . . . . .	42
4.2 Eingaben und Denkschriften . . . . .	45
4.3 Weitere Initiativen . . . . .	50
4.4 Diskussionen und Verhandlungen . . . . .	52
IV. Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft“	56
1. Zweckbündnis mit den Neoliberalen . . . . .	57
2. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft . . . . .	60
2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft . . . . .	60
2.2 Erste Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft . . . . .	64
2.3 Zweite Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft . . . . .	68

3.	Nach Lautenbachs Tod . . . . .	74
3.1	Kursänderung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft . . . . .	74
3.2	25 Jahre Soziale Marktwirtschaft . . . . .	77
3.3	Ende des Freiwirtschaftsbundes . . . . .	81
V.	Otto Lautenbach – Persönlichkeit und Werk	82
1.	Persönliche Würdigung . . . . .	83
2.	Auszüge aus Reden und Schriften . . . . .	89
2.1	Über Freiheit und Bindung (1937) . . . . .	90
2.2	Die Welt am Kreuzweg (1937) . . . . .	92
2.3	Zielprogramm des Freiwirtschaftsbundes (1942)	93
2.4	Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (1948) . . . . .	94
2.5	Freiwirtschaftliche Politik im gewandelten Kapitalismus (1951) . . . . .	97
2.6	Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft (1951)	99
2.7	Geldwertstabilität und Kapitalmarkt- reform (1952) . . . . .	108
2.8	Die politische Verwirklichung (1952) . . . . .	112
2.9	Die Ziele der ASM (1953) . . . . .	116

# FREIHEIT – ODER?

## Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“

### Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

#### 1. Notwendige Vorbemerkungen

##### 1.1 Der Titel

Der Titel dieser Schrift erinnert an eine aktuelle Kampfparole aus der jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzung unserer Bundesrepublik. In der Tat soll er auch eine Kampfparole sein – allerdings nur eine halbe, dafür aber ehrliche Parole, die den Leser nicht durch eine irreführende Alternative zu manipulieren versucht. Sie fordert zunächst die Entscheidung nicht *gegen*, sondern *für* eine bestimmte Zielsetzung, die vorerst freilich nur recht allgemein und unbestimmt mit dem viel mißbrauchten Wort „Freiheit“ umschrieben wird. Dagegen stellt sie es dem kritischen Nachdenken und eigenständigen Urteilen des Lesers anheim, gegen welche weltanschauliche, politische und wirtschaftliche Zielsetzung er sich mit dieser seiner Entscheidung wenden will oder muß.

Versuchen wir es doch einmal mit der Antithese:

#### *Freiheit oder Kapitalismus!*

Ist das nicht eine schiefe Gegenüberstellung zweier, für unsere Gesellschaft grundlegender Begriffe, die im Bewußtsein der meisten Menschen durch ein (vielleicht nicht ausdrücklich bejahtes, aber als selbstverständlich empfundenenes) „und“ verbunden sind?

So wenigstens denken jene Menschen, die von dieser Parole besonders betroffen sind ohne sich doch betroffen zu fühlen und die eine starke, als „rechts“ eingestufte Gruppe – beiläufig

etwa die Hälfte - der politisch polarisierten Bevölkerung unserer Bundesrepublik ausmachen. Sie nämlich folgen statt dessen mit teils gutem, teils weniger gutem Gewissen jener anderen, akut und brisant gewordenen Kampfparole:

„*Freiheit oder Sozialismus*“.

Dabei glaubt sie sich für ein hohes Ideal zu entscheiden mit einem Slogan, durch den die andere, als „links“ eingestufte Hälfte unseres Volkes nicht nur betroffen ist, sondern sich selbst tief getroffen und schmerzlich verletzt fühlt. Hat nicht gerade der *Sozialismus* – nicht etwa der nationale, sondern der völkerverbindende Sozialismus – sich stets und leidenschaftlich für die Freiheit eingesetzt: für die *Emanzipation* des Menschen; für sein Recht auf *Selbstbestimmung* oder wenigstens Mitbestimmung über die Gestaltung seines persönlichen Lebens gegenüber den Machtansprüchen des Staates und des Arbeitgebers; für die Befreiung des Menschen aus Not und Armut; für seine Befreiung von Selbstentfremdung, von Ausbeutung und Unterdrückung?

Aber für diesen seinen Kampf gegen anscheinend übermächtige gesellschaftliche Gruppen sucht er die starke Hilfe des Staates - selbstredend eines demokratischen Staates. Von einer „Demokratie“ erhofft er sich die Lösung aller drängenden gesellschaftlichen Probleme: „*Demokratisierung*“ der Politik, der Wirtschaft, der Unternehmen, der Arbeit, der Schule, der Kultur, der Familie – kurz: „*Demokratisierung*“, also Politisierung aller gesellschaftlichen Bezüge bis hinein in die innersten Lebensbereiche. Das Ende dieser Entwicklung kann nicht eine freiheitliche, sondern nur eine totale Demokratie sein, deren wichtigste Aufgabe die soziale Sicherung aller ihrer Bürger ist. Durch demokratische Willensbildung über demokratische Institutionen, Verbände und Parteien wird der Staat legitimiert und beauftragt, die „zu große Freiheit“ der Marktwirtschaft und der wirtschaftlich Mächtigen einzuschränken: zum einen durch Wirtschaftssteuerung bis hin zu mannigfachen Formen von Planwirtschaft oder wirtschaftlichem Dirigismus, zum andern durch fürsorgliche Betreuung des angeblich emanzipierten, also eigentlich selbstverantwortlichen Menschen bis hin zum allmächtigen Wohlfahrtsstaat

mit perfekter Daseins-Vor- und -Fürsorge.

Ist das Freiheit? Muß einem so verstandenen Sozialismus nicht mit aller Schärfe die Forderung der Freiheit entgegengesetzt werden? Aber was ist nun diese geforderte Freiheit? *Freiheit des Unternehmers* bis an die äußersten vom Antimonopolgesetz kaum noch zu wahren Grenzen? *Freiheit des Kapitaleigners* zu möglichst „attraktiver“ Kapitalanlage, günstigsten Falles in Rüstungsaktien, ungünstigen Falles mit Investitions-Verweigerung in Erwartung einer „attraktiveren“ Anlagemöglichkeit? Freiheit der Werbung mit Aufwendung irrsinniger unproduktiver Finanzmittel, die ja in den Verkaufspreisen wieder reichlich hereingeholt werden können? *Freiheit des Produzenten*, immer neue, immer überflüssigere kurzlebige und profitträchtige Produkte herzustellen, für deren Absatz dann eine aufdringliche und betrügerische Werbung zu sorgen hat? *Freiheit des Konsumenten*, nach Maßgabe seiner neu geweckten, stimulierten, suggerierten und manipulierten „Bedürfnisse“ aus diesem reichen Warenkorb nach Belieben und Gutdünken auszuwählen? Freiheit unserer so freiheitlichen Gesellschaft zur rücksichtslosen *Ausbeutung* der letzten Rohstoff- und Energie-Reserven unseres Planeten Erde, zur Verschmutzung und Vergiftung des letzten Gewässers, des letzten Landschaftsgebietes und Luftraumes zwecks Aufrechterhaltung dieses Widersinnes bis zur Katastrophe? Mit einem einzigen Wort: Freiheit für den *Kapitalismus* auf Kosten der Freiheit des *Menschen*?

Wer in unserer Bundesrepublik „*Freiheit*“ sagt, meint im rechten Lager mit dem Brustton der Überzeugung: „*Kapitalismus*“ und im linken Lager mit etwas leiserer Stimme: „*Sozialismus*“ – auf wessen Freiheits-Beteuerung ist da noch Verlaß?

„Was für Lautenbach richtig war, muß nicht auch für uns richtig sein. ... Der starke Mann ist am mächtigsten allein; aber für eine Gruppe schwächerer Menschen gilt noch immer der Satz, daß sie stärker werden mit einigem Streben und wachsender Zahl. ... Wir müssen wieder das Sammelbecken freiwirtschaftlicher Kräfte schaffen, aus dem zu gegebener Zeit neue führende Persönlichkeiten hervorgehen und in dem sie Rückhalt finden können. Welche taktische Anwendung dann auf die aktuelle Politik gezogen werden muß, kann heute noch nicht unsere Sorge sein.“

Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung des Bundesvorstandes. Vielmehr stieß er auf die Gegenthese: „Die zentralistische Organisationsform des Bundes hat sich bewährt und muß beibehalten werden.“ Wenige Monate später stellte Winkler die Gegenfrage: „Wo ist der Bund, wo sind die Bundesmitglieder, die in dieser Form organisiert sind? Der Bundesvorstand verletzt seine Pflicht durch mangelnde Aktivität; er verletzt die Satzung durch Versäumnis der fristgerechten Einberufung des nächsten Bundestages, der unter anderem an Stelle des am 14.2.1956 verstorbenen Bundesfreundes Walter Großmann ein drittes Präsidiumsmitglied zu wählen hätte. Die Mitglieder des Bundes müßten lautstark protestieren; sie müßten den unfähigen Bundesvorstand absetzen – wenn es sie gäbe! Also ist der Bund tot.“

Bei dieser Feststellung blieb es.

## V. OTTO LAUTENBACH – PERSÖNLICHKEIT UND WERK

Eine persönliche Würdigung Otto Lautenbachs ist zunächst den noch lebenden Freunden, Anhängern und vielleicht auch Gegnern erwünscht und gibt darüber hinaus allen Anhängern der Freiwirtschaftsbewegung zusätzliche, besonders aufschlußreiche Einblicke in eine der entscheidendsten Phasen der Freiwirtschafts-Geschichte. Aber sie kann auch für jeden interessierten Leser dieser Schrift anregend und wertvoll sein im Blick auf die bei Betrachtung geschichtlicher Persönlichkeiten sich immer wieder aufdrängenden Fragen, ob Ideen oder Männer Geschichte machen; ob Ideen die Schöpfungen von Männern sind oder ob sie die zu ihrer Verwirklichung fähigen Männer auf den Plan rufen und aus welchem



Otto Lautenbach  
(geb. 30.9.1903 in Kaiserslautern;  
gest. 18.7.1954 in Bad Nauheim)

Holz solche Männer<sup>1)</sup> geschnitzt sind. Vielleicht ergeben sich aus solchen Erfahrungen und Betrachtungen auch einige Anleitungen, wie erfolgreiche Politik gemacht werden soll oder wie sie nicht gemacht werden kann.

#### 1. Persönliche Würdigung

Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt  
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.

Schiller, Prolog zu Wallenstein

Es soll hier eine „persönliche“ Würdigung im doppelten Sinn dieses Wortes versucht werden, nämlich auf Grund des vom Verfasser persönlich erlebten starken Eindruckes von der Persönlichkeit Lautenbachs. Daher möge der Leser verzeihen, daß ich zu diesem

---

1) Die Frauen mögen verzeihen, daß im Zeitalter der Frauen-Emanzipation hier im Blick auf einen bestimmten Mann noch immer die bekannte, durch unsere Sprache aufgedrängte und durch Tradition festgefahrene Terminologie angewandt wird. Kein einsichtiger Mann kann und wird bestreiten wollen, daß auch Frauen Geschichte gemacht haben und daß sich für sie folgerichtig die gleichen Fragen stellen.

Zweck aus der schon bisher nur unzulänglich gewährten Anonymität des Verfassers heraustreten muß.

So schwankend Wallensteins Charakterbild in Schillers Urteil, so klar und fest umrissen ist Lautenbachs Charakterbild in meinem Erleben und in meiner Erinnerung. Dennoch drängen sich mir Schillers Verszeilen auf, weil ich im näheren und weiteren Bekanntenkreis Lautenbachs, unter seinen Freunden, Anhängern und Gegnern zu meinem Erstaunen und Befremden höchst verschiedenartige, ja gegensätzliche Charakterbilder antreffen mußte. Ich selbst als enger, freundschaftlich verbundener Mitarbeiter glaube nicht, ein „durch der Parteien Gunst“ einseitig geprägtes Bild zu haben, sondern ein möglichst objektives, wirklichkeitsnahes Bild zeichnen zu können.

Es ist wohl selbstverständlich, daß jeder Mensch mit einigermaßen ausgeprägtem Denken und Wollen Freunde und Feinde hat, also recht verschieden beurteilt wird. Aber für Lautenbach war charakteristisch, daß er nur überzeugte Anhänger und entschiedene Gegner hatte. Kaum jemand konnte ihm gegenüber indifferent bleiben; wie ein starker Magnet hatte er die Kraft, jeden Menschen, der in seinen Bannkreis geriet, entweder anzuziehen oder abzustößen.

Otto Lautenbach erarbeitete sich in stillem Nachdenken und in eingehenden Beratungen mit seinen engsten Mitarbeitern sehr klare Vorstellungen über den richtigen Weg zur Verwirklichung seiner politischen Ziele und hielt sich dann in der Durchführung unbeeindruckt „von der Parteien Gunst und Haß“ an den einmal gefaßten Plan mit eiserner Konsequenz trotz flexibler Taktik. Eben dadurch erregte er den heftigen Widerstand und schließlich den ohnmächtigen Haß all derer, die diesen Weg nicht zu beurteilen vermochten und für falsch hielten, aber um ihre Meinung nicht gefragt wurden. In Anbetracht der in Teil II geschilderten bunten Zusammensetzung der Freiwirtschaftsanhänger mit Einschluß sehr verschiedener unklarer Phantasten und Eigenbrötler hatte nur ein solches Vorgehen Aussicht auf Erfolg, wie das Gegenbeispiel der verworrenen Freiwirtschafts-Geschichte in den beiden ersten Jahrzehnten eindrucksvoll bestätigt.

Es ist einleuchtend, daß alle Freiwirtschafts-Anhänger, die sich auf solche Weise übergangen, zurückgesetzt und in ihrem Ehrgeiz verletzt fühlten, dieses Vorgehen moralisch diffamierten und zwar nach den beiden entgegengesetzten Richtungen, daß die eiserne Konsequenz als diktatorischer Anspruch und die flexible Taktik als feige Anpassung verurteilt wurde. Dieses Schicksal teilte Otto Lautenbach in auffallender Weise mit Silvio Gesell, der ebenfalls wegen der Unnachgiebigkeit bei Vertretung der einmal als richtig erkannten Prinzipien für „diktatorisch“ und dann wieder wegen mancher zeitbedingt taktischen Entscheidung, vor allem aber wegen seiner Mitwirkung in der roten Räteregierung in München für „anpasserisch“ gehalten wurde.

Das solcherart entstandene Mißtrauen gegen Otto Lautenbach wurde genährt und geschürt durch vage Hinweise auf sein Verhalten im Dritten Reich, weil seine – vorstehend in Abschnitt II.3 geschilderte – Geschicklichkeit, seine „Schule der Freiheit“ als Herausgeber und Autor durch diese bedrohlichen Jahre durchzuhalten, sich als besonders überzeugendes Beispiel „feiger Anpassung“ oder vielleicht gar als Beweis für irgend eine Form von Kooperation mit den Machthabern mißdeuten ließ. Dabei wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß diese falschen, meist hinter vorgehaltener Hand kolportierten Anschuldigungen durch zwei sehr klare Tatsachen widerlegt wurden: erstens die gegen Ende des Dritten Reiches durchgeführte konspirative, also lebensgefährliche Vorbereitung zur sofortigen Wiederbelebung der Freiwirtschaftsbewegung nach dem vorhersehbaren Zusammenbruch (vergleiche II.3); zweitens die von der Amerikanischen Militärregierung trotz ihrer mißtrauischen und überperfektionierten Entnazifizierungspraxis gegebene Erlaubnis, von Anfang, also von 1945 an in Wort, Schrift und organisatorischer Tätigkeit völlig unbehindert in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Trotz allem blieb Otto Lautenbach mit gleicher Dringlichkeit – sicher nicht mit gleicher Berechtigung – wie Wallenstein der bohrenden, zweifelnden und niemals verstummenden Frage ausgesetzt, ob er die überlegene Kraft seiner Persönlichkeit selbstlos in den Dienst einer übergeordneten Sache oder aber diese in

den Dienst seiner eigenwilligen Machtpolitik stelle. Aber wie Wallenstein setzte er unbeirrt von der Parteien Gunst und Haß seinen als richtig erkannten Weg fort und wie Wallenstein wurde er an der Erreichung seines schon sehr nahe gerückten Zieles durch einen unerwartet plötzlichen Tod gehindert.

Zunächst aber setzte Otto Lautenbach sich durch. Durch seinen Weitblick, durch sein Denken in großen politischen, ja weltpolitischen Zusammenhängen sprengte er den engen, oft sektierischen Rahmen bisheriger freiwirtschaftlicher Gruppierungen und Organisationen. Er setzte Fernziele, die manchem als Utopie erschienen, und durchschaute als Utopie, was mancher in unreflektierter Naivität erstrebte. Sein untrüglicher politischer Instinkt mehr noch als scharfsinnige Analyse ermöglichte ihm die sichere Unterscheidung zwischen Utopie und realpolitischer Möglichkeit. So unbeirrt er am einmal gesteckten Fernziel festhielt, völlig unbeeindruckt vom heftigen Widerstand seiner Gegner und vom Unverständnis der breiten Mehrheit, so flexibel war er in der Wahl der einzelnen Schritte und der einzusetzenden Mittel auf dem Weg oder notfalls auch Umweg zu diesem Ziel, anpassungsfähig an die jeweils gegebene Situation, zugänglich für Meinungen und Ratschläge im engsten Kreis seiner Mitarbeiter und Freunde.

Sie wären ja wohl die unmittelbar Leidtragenden unter seinem angeblich diktatorischen Verhalten gewesen. Aber das Gegenteil war der Fall. Lautenbach entwickelte seine Pläne für die nächste Zukunft und seine weitausgreifenden Ideen für eine fernere Zukunft mit Vorliebe bei geselligem Beisammensein im kleinen Kreis seiner Freunde und Mitkämpfer, oft bis in späte Nachtstunden heinein. In angeregtem Gespräch, in Rede und Gegenrede nahmen seine Gedanken erst die feste und endgültige Gestalt an. Sehr oft konnte ich persönlich seine freudige und dankbare Zustimmung erleben, wenn es mir gelang, die ersten noch unklaren Ansätze seines Denkens durch exakte Formulierungen zu den letzten Konsequenzen weiter zu führen, die ich als statisch abgeschlossen empfand und er wiederum nur als dynamische Ansatzpunkte seines Weiterdenkens verwertete.

Lautenbachs engster und treuester Mitarbeiter war seine Ehe-

frau Dr. Hildegard Lautenbach. Sie war nicht nur — meist mit gut durchdachten und entschieden vorgetragenen Vorschlägen — privat im kleinen Kreis an den wöchentlich ein bis dreimal stattfindenden Beratungen und offiziell als Mitglied des Bundesvorstandes des Freiwirtschaftsbundes beteiligt, sondern beriet täglich sehr eingehend mit ihrem Mann alle laufenden Vorkommnisse, Maßnahmen und Pläne. Die wichtigste Tageszeit hierfür war regelmäßig die ausgedehnte Frühstückszeit, die angeregt durch einen wie immer sehr starken Kaffee der Durchsicht der überreichlich eingelaufenen Post und der Beratung ihrer in Wort oder Tat nötigen Beantwortung diente. Darüber hinaus arbeitete Frau Lautenbach mit aufopfernder, ebenso unaufdringlicher wie wirkungsvoller Stetigkeit in der Leitung der Geschäftsstelle, für Bestellung, Verwaltung und Versendung der periodischen Schriften wie der Einzelerscheinungen und nicht zuletzt bei der Vorbereitung der zahlreichen Tagungen, Versammlungen und Sitzungen des für sie im üblichen Sinne sicherlich nicht besonders bequemen Gatten.

Übrigens gönnte Lautenbach allen engeren Mitarbeitern dieselbe Freiheit des Denkens und Handelns, die er für sich in Anspruch nahm, weil es schließlich immer wieder zur Übereinstimmung kam nicht auf Grund eines dominierenden Willens, sondern aus dem gemeinsamen Suchen nach dem besten Weg zum gemeinsamen Ziel. Das konnte besonders ich selbst als sein bevorzugter „Formulierer“ immer wieder aufs neue erleben. Besonders aufschlußreich in dieser Hinsicht waren seine Stellungnahmen zu zwei von mir verfaßten Schriftsätzen, nämlich den „Taktischen Richtlinien für die Bundesarbeit“ und den „Weltanschaulichen Richtlinien“ zwecks Koordinierung der individuell ganz verschiedenartigen weltanschaulichen Unterbauung freiwirtschaftlicher Überzeugung und Propaganda. Den ersten Schriftsatz lobte er auf dem Bundestag als eine mir zu verdankende, besonders wertvolle Leistung, obwohl ich doch nur seine Gedanken als „guter Formulierer“ in Worte gefaßt hatte. Den zweiten, aus eigener Initiative und mit eigener Verantwortung verfaßten Schriftsatz ließ er mich mit bewunderswerter Nachsicht auf dem Bundestag vortragen im ruhigen Vertrauen auf meine bessere Einsicht, als ich beim Auditorium

die sich drohend anbahnende Spaltung spürte, und meine rasche Reaktion, dieses heiße Eisen sofort wieder fallen zu lassen.

Einen weiteren eindrucksvollen Beweis für Lautenbachs Toleranz und Weitsicht durfte ich mit meiner „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“ erleben, die ich 1946 unter dem bescheideneren Titel „Ideale Wirtschaftsordnung“ verfaßt hatte und die ich nun auf Lautenbachs Veranlassung nach kleinen Textänderungen 1952 in seinem Vita-Verlag unter dem, mir fast als Anmaßung erscheinenden Titel veröffentlichen durfte. Das war immerhin ein Wagnis, weil das Buch in wissenschaftlichen Kreisen wegen Darstellung der Gesell'schen Lehre als laienhaft und in freiwirtschaftlichen Kreisen wegen Kritik an Gesells logischem Aufbau als ketzerisch galt – übrigens später auch bei manchen angesehenen Vertretern der „Sozialen Marktwirtschaft“ wegen antikapitalistischer Aussagen als beinahe kommunistisch, jedenfalls (wie eine mir hinterbrachte Äußerung lautete) „noch schlimmer als Rosa Luxemburg“.

Der Realpolitiker Lautenbach war erfolgreich durch eine sehr nüchterne Kalkulation von Mittel und Zweck – auch über die Köpfe all jener Freiwirte hinweg, die in naiver Begeisterung für eine in verlässlicher Lehre aufbewahrte Idee lebten, ja die Sinnerfüllung ihres persönlichen Lebens fanden und daher jede abweichende Haltung eines Freiwirtschaftlers als „Verrat an der Idee“ empfanden. So baute er zunächst einen präzise gegliederten Freiwirtschaftsbund auf und erhöhte durch zentralistische Organisation die Schlagkraft der Führung zum Zweck politischer Aktionen, während an der Basis, in den vielen Kreisverbänden und Ortsgruppen die ursprünglich äußerst rege Eigeninitiative zunehmend geschwächt wurde, bis schließlich weitgehend die Aktivität gelähmt und das Interesse erstickt war trotz der unablässigen Anweisungen und Ratschläge seitens des Bundesvorstandes mit der Zielsetzung, die gemeinsamen Aktionen auch an der Basis mitzutragen und im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. Aber das betrachtete Lautenbach nicht als wesentlichen Mangel; denn er hatte sich nun mit dem Freiwirtschaftsbund das taugliche Mittel zur Zusammenarbeit mit den Neoliberalen geschaffen und die zu diesem

Zweck von ihm geschaffene Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sollte ein ebenso taugliches Mittel zur Verwirklichung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in *seinem* Sinne sein, das heißt mit bestmöglicher Annäherung an Gesells Konzept einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

Entscheidend war für Lautenbach einzig und allein, ob er den Erfolg schließlich für sich hat auch um den Preis, auf dem Weg zu diesem Erfolg die Mehrheit gegen sich zu haben. Nach meiner persönlichen Überzeugung hat er für diese Überlegung alle Möglichkeiten richtig einkalkuliert mit Ausnahme einer einzigen, aber leider entscheidenden: den eigenen vorzeitigen Tod. In diesem Augenblick zeigte sich allerdings mit erschreckender Deutlichkeit, daß der an der Spitze äußerst lebendige und aktive Freiwirtschaftsbund von unten her bereits abgestorben war.

Was Otto Lautenbach geleistet und geschaffen hat, ist zu einem großen Teil mitbestimmend und weiterwirkend in unser politisches und gesellschaftliches Leben eingegangen, auch wenn nur sehr wenige Menschen — die eigenen Gesinnungsfreunde eingeschlossen — dies erkannt haben. Zum anderen Teil wurde es freilich durch die später offenkundigen Fehlentwicklungen entwertet.

Wäre Lautenbachs Werk nicht vorzeitig durch den Tod unterbrochen worden, so hätte nach Überzeugung des Verfassers sich einiges in unserer Bundesrepublik anders entwickelt. Aber vielleicht werden wir recht bald durch schmerzliche Erfahrungen gezwungen, diese Probleme neu zu durchdenken, und vielleicht kann dann die Erinnerung an das, was Otto Lautenbach erreichte und was er erreichen wollte, uns eine mögliche Fortsetzung des Weges aufzeigen. Die vorliegende Schrift will jedenfalls hiezu nach Möglichkeit ihren bescheidenen Beitrag leisten.

## 2. Auszüge aus Reden und Schriften

(Überschriften und Zwischenüberschriften sind vom Verfasser eingesetzt)

Der aufmerksame Leser wird hier eine Fülle von Einsichten, Anregungen und Vorschlägen entdecken, die erst zum geringsten Teil

WERNER ONKEN / GÜNTER BARTSCH

**Natürliche  
Wirtschaftsordnung  
unter dem Hakenkreuz**

Anpassung und Widerstand

---

FACHVERLAG FOR  
SOZIALÖKONOMIE

---

# Die Dunkelstellen der NWO-Bewegung und der Fall Otto Lautenbach

Günter Bartsch

Nur in ihrem Keim, dem *Physiokratischen Verein*, war die NWO-Bewegung einheitlich. Schon vor dem ersten Weltkrieg bildete sich neben der sozial-physiokratischen Richtung um *Georg Blumenthal* eine national-freiwirtschaftliche um *Gustav Simons* heraus. War die erste internationalistisch, so die zweite völkisch gesinnt. *Silvio Gesell* schätzte beide, mochte allerdings *Simons* Antisemitismus nicht. Zwischen 1912 und 1914 vertrat er einen internationalistischen Standpunkt, gab jedoch während des ersten Weltkriegs mehrere patriotische Flugblätter heraus.

## Das Vakuum

Nach der Novemberrevolution von 1918 setzte *Gesell* auf die Linke und wollte mit ihr eine 'sozialistische Einheitsfront' bilden. Nun distanzierte er sich scharf von den Völkischen, deren Gedankengut auch in der NWO-Bewegung um sich griff. Aber noch war *Gesell* das Bindeglied zwischen den physiokratischen und freiwirtschaftlichen Organisationen, bis er 1924 dem eben gegründeten *Physiokratischen Kampfbund* (FKB) beitrug und sich in dessen Zentralausschuß wählen ließ. Jetzt prallten die beiden Flügel krachend aufeinander.

Der *Physiokratische Kampfbund* verkündete einen extremen Individualismus, unter Berufung auf *Stirners* bewußte Verherrlichung des Egoismus. Der *Freiwirtschaftsbund* näherte sich dem Altruismus; seine Federführung übernahmen national und völkisch gesinnte Freiwirte, die *Gesells* Mitarbeit in der bayrischen Räterepublik scharf verurteilten, so *Hunkel* und *Hasse*. *Hunkel* rief zum „Kampf des Einheitsvolkes der Schaffer gegen die Ausbeutungsherrschaft der Raffer“ auf. Laut *Hasse* hat *Gesells* „jüdisch-internationale Einstellung .. die Freiwirtschaft dem orientalischen Einfluß ausgeliefert“ und die Deutschen mit einem absoluten Freiheitsbegriff geimpft. Jeder Staatsbürger habe dem eigenen Staate und Volke zu dienen. Wirtschaftlicher Egoismus sei Landesverrat. Beide waren für Gemeinnutz und erklärten den Eigennutz für „undeutsch“. Dahinter stand *Othmar Spanns* Universalismus.

Zwischen diesen inneren Fronten der NWO-Bewegung wuchs ein neuer Kopf heran: *Otto Lautenbach*. Er erklärte sich weder für die eine noch für die andere Richtung, neigte aber eher zu *Othmar Spann* als zu *Max Stirner*. Dem *Freiwirtschaftsbund* angehörend, stieg er bis in dessen Bundesvorstand auf. Doch das genügte seinem Ehrgeiz nicht. Schon als Oberschüler war er in den Bannkreis *Friedrich Nietzsches* geraten und längst vom „Willen zur Macht“ durchdrungen. Während die meisten Freiwirtschaftler recht verschwommene Vorstellungen von Politik und Wirtschaft hatten, hatte *Lautenbach* sein Denken an *Ricardos* National-

ökonomie geschärft und politische Studien betrieben. Nun wartete er auf seine Stunde.

## Diktatur oder Demokratie ?

Professor *Karl Polenske*, einst Novembersozialist und *Gesells* Beirat in der Bayrischen Räterepublik, inzwischen dem nationalen und völkischen Flügel genähert, veröffentlichte Ende 1920 seine Idee einer vorübergehenden „*Befreiungsdiktatur zur Einführung von Freiland und Freigeld*“. Ihr Kopf sollte *Silvio Gesell* sein; dieser lehnte zwar eine solche Vorzugsstellung ab, erklärte sich jedoch für eine „*Diktatur der Not*“ bereit, falls das deutsche Volk ihn rufe.

Auch die NWO-Linke spielte mit dem Gedanken der Diktatur. So erklärte der *Kampfbund der Freiwirte an Rhein und Ruhr* 1923: „*Die diktatorische Macht zur Einführung dieses befreiten Arbeitsgeldes (Freigeld) muß errungen werden, weil sich die Masse das Verständnis für diese Maßnahmen nicht erarbeiten kann. Klare Erkenntnis und eine Eiserne Hand!*“ Vorbereitend wurde *Gesell* auf zwei Massenversammlungen im Ruhrgebiet zum Währungsdiktator ausgerufen. Ihm war die Staatsform gleichgültig. Wenn der *Kampfbund* tatsächlich die politische Macht eroberte, wollte er seine Mitarbeit nicht verweigern. *Gesells* Verhältnis zur Demokratie war ambivalent. Einerseits sah er in ihr die beste der gegebenen Gesellschaftsformen, andererseits konnte seines Erachtens von Demokratie erst gesprochen werden, wo Freiland und Freigeld eingeführt sind. Entschieden war nur seine Ablehnung der Monarchie. Vom Weimarer Parlamentarismus hielt er wenig; er dünkte ihm als Parteienkarussell.

Seit 1915 setzte sich *Gesell* in Denkschriften für einen Abbau des Staates ein. Die meisten Ministerien erschienen ihm überflüssig. Im Jahr 1927 verkündete er die Akratie, in der es überhaupt keine staatlichen Institutionen mehr geben sollte. Ihre Restaufgaben wurden einem *Mütterbund* übertragen. *Gesell* empfahl die Lynchjustiz und das Faustrecht: „*Wenn der Einbrecher oder Bandit an der nächsten Laterne aufgehängt wird, so können seine Freunde sicher sein, daß die Leiche wenigstens nicht durch die Hände eines staatlichen Scharfrichters besudelt wurde.*“ Das brachte alle Freiwirtschaftler und Physiokraten in Verlegenheit. Jeder soll sein eigener Justizminister, Polizist und Richter sein?

*Gesell* proklamierte die reine Anarchie! Und er war in seinen letzten Lebensjahren nicht bereit, auch nur die schroffsten Formulierungen zurückzunehmen. So hinterließ er ein großes Vakuum, das die Gegenkräfte ansaugte. Immer stärker und gröber hat sich in seinem Denken die staatsfeindliche Tendenz durchgesetzt. Demgegenüber forderte Dr. *Pfleiderer* (m.W. ein Bankfachmann), sich auf das Wesentliche der Freiwirtschaftslehre zu besinnen: die Grundrente dem Staatsvolk zufließen zu lassen und das Tauschmittel Geld der Willkür ausbeutungslüsterner Privatleute zu entziehen. Was darüber hinausgehe, sei geeignet, die Anhänger der Freiwirtschaftslehre zu entzweien und deren Stoßkraft zu schwächen.

Dr. *Pfleiderer*, der großes Ansehen in der NWO-Bewegung genoß und einer der ersten Freiwirte war, schlug allen Freiwirtschaftlern und Physiokraten vor, sich auf folgende Thesen zu einigen:

- „1. *Der Staat ist das Werkzeug, das ein Volk braucht, um seine Angelegenheiten in der bestmöglichen Weise zu verwalten.*
2. *Solange es Völker gibt, solange wird und muß es auch Staaten geben.*
3. *Ganz unerheblich ist die Form der verschiedenen Staaten: Republik, Monarchie, Demokratie, Rätssystem usw.*
4. *In jedem Staat steht die Aufgabe, den Boden und das Geld so zu verwalten, daß sie nicht von einem Teil des Volkes dazu benutzt werden können, den anderen Teil auszubeuten, obenan.*
5. *Die Lösung kann also nur lauten: Reform des Staates, nicht Abbau des Staates.*
6. *Der föderalistische Bauplan des Staates entspricht dem Wesen der Freiwirtschaftslehre am besten.“*

Diese Sicht der Dinge wurde von Dr. *Speyerer*, *Theodor Reents* und vielen anderen unterstützt, natürlich auch von der gesamten NWO-Rechten, da nur ein starker deutscher Staat die Fesseln des Versailler Vertrags sprengen könne. *Gesell* war in ihren Augen ein „*Reparationsbolschewist*“, der sich den Verpflichtungen des Versailler Vertrags unterworfen habe, und ein Erfüllungsgehilfe der Westmächte. Nur sein 'urdeutsches' Wirtschaftsmodell erschien ihr noch akzeptabel.

*Pfleiderers* Stellungnahme war seriös und aus konservativem Geist geformt, *Hasses* Stellungnahme ganz und gar völkisch, antisemitisch, allddeutsch und großdeutsch, mit der erklärten Absicht, das vermeintlich nach dem Krieg zusammengebrochene Deutschtum „*von innen heraus aus dem Grunde germanischen Blutes und Wesens zu erneuern*“. Die Völkischen suchten einen Volkskönig. Während *Polenske* noch auf *Gesell* tippte, nannte *Hasse* schon *Hitler*; durch ihn und sein biologistisches Weltbild drang der Nationalsozialismus in die NWO-Bewegung ein. *Otto Lautenbach* blieb still und merkte sich seinen Namen vor - eines Tages wird *Hasse* ein ganzes Heft seiner „*Schule der Freiheit*“ füllen.

*Karl Tuschwitz*, ein Physiokrat, verglich *Gesell* mit *Leonardo da Vinci*: beide Genies hätten „*Bremsklötze der menschlichen Entwicklung weggeschlagen*“, das erstere auch einen Aufstieg ohnegleichen ermöglicht. *Gesell* sei das „*in Fleisch, Bein und Blut bauende Genie*“, noch bedeutender als der Künstler und Erfinder *Leonardo*. Solch maßlose Übertreibungen bahnten den Weg zur Anpassung an den Führerkult des Nationalsozialismus.

Schon durch *Ernst Frankfurth*, den *Gesell* als einen der freiesten und stolzesten Menschen rühmte, kam nietzscheanisches Machtdenken in die junge NWO-Bewegung; er vergiftete ihren Keim. In einer Polemik gegen den Liberalsozialisten *Franz Oppenheimer* schrieb *Frankfurth*: „*Wenn ein Herrenvolk ein anderes unterwirft und sich Abgaben zahlen läßt, so ist das durchaus kein Beweis dafür, daß Grundrente nur durch brutale Macht begründet werden könne, wohl aber ein Beispiel dafür, daß die Menschen nach allem eher als nach einer gleichen sozialen Lage streben. Sie haben nicht den Willen zur Gerechtigkeit, sondern zur Macht.*“

Demokratische Gesinnung war von Anbeginn unter den Freiwirtschaftlern und Physiokraten dünn gesät. Eine ihrer typischen Losungen hieß: „*Schluß mit dem Parteienwesen und aller Selbstzerfleischung!*“ Eine der größten Ortsgruppen des *Freiwirtschaftsbundes*, die in Stettin, stellte am 10.3.1929 einen Antrag zum Verbandstag Ost: „*Wir erwarten, daß der Vorsitzende des FWB im Rahmen seiner Befugnisse Diktator ist, sonst kann es nicht vorwärts gehen.*“ Bender legte dem Bund 1928 einen neuen Programmentwurf vor. Darin steht: „*Zur Durchführung von Festwährung-Freigeld-Freiland gehört die volle Regierungsgewalt. Revolutionäre Diktatur oder legitime Generalvollmacht.*“ Das Protokoll des Verbandstags verzeichnete keinen Widerspruch gegen diesen Passus, keinerlei Debatte darüber. Seit der schweren Wahlniederlage von 1924 wußten alle Freiwirtschaftler und Physiokraten, daß die politische Macht nicht auf dem parlamentarischen Weg gewonnen werden konnte. Die meisten entschieden sich daher für den anti-parlamentarischen Weg, wenn auch nicht unbedingt für eine direkte Aktion. Für den Umsturz war im Grunde nur der *Physiokratische Kampfbund*, abgesehen von einigen ihm nahestehenden Gruppen. Aber nur wenige Freiwirte wußten die demokratischen Rechte und Freiheiten zu schätzen. Ich habe in der gesamten NWO-Publizistik zwischen 1918 und 1933 nur ein einziges Plädoyer für die Demokratie gefunden. Selbst dies war indirekt: die Einführung der Diktatur sei für ein Volk immer „*ein trauriges Zeichen moralischen und politischen Tiefstandes.*“ Inzwischen schwoll der Nationalsozialismus zu einer Massenbewegung an, die sich in SA und SS insgeheim bewaffnete Kampfformationen schuf. Prominente Freiwirte wie *Wilhelm Radecke* und *Fritz Schwarz* nahmen Gespräche mit ihm auf, erkunden wollend, ob die NSDAP wenigstens das Freigeld einführen werde, sobald sie an der Macht sei. *Goebbels*, *Himmler* und *Röhm* waren sehr interessiert. Diese hinter dem Rücken der NWO-Bewegung geführten Gespräche bereiteten ihre politische Kapitulation vor. *Otto Lautenbach* war nicht daran beteiligt, er wußte jedoch Bescheid.

*Radecke* gründete 1933 den *Roland-Bund* unter dem Hakenkreuz, zusammen mit 15 anderen bekannten Freiwirten, darunter einigen Physiokraten, voran *Hans Schumann*. Der *Roland-Bund* schlug eine Brücke zwischen Freiwirtschaft und Nationalsozialismus. Er erhielt soviel Zulauf, daß bald eine Mitgliedersperre eingeführt werden mußte! Außerdem traten einige Hundert Freiwirte in die NSDAP ein, darunter Prof. *Polenske* und *Wilhelm Groß*, der den *Physiokratischen Landesverband West* gegründet sowie einen großen Organisationsplan entworfen hatte. Diese und andere Überläufer kamen aus dem Kern der NWO-Bewegung, den sie auf diese Art zerstörten. Zurück blieb eine weiche und manipulierbare Masse.

### **Die große Versuchung**

Wie ist die Anziehungskraft des Nationalsozialismus auf die freiwirtschaftlich-physiokratische Bewegung zu erklären? Der wichtigste Grund konnte im Partei-

programm der NSDAP gefunden werden. Es enthielt mehrere Punkte, die auch für Freiwirte attraktiv waren:

- a) Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens;
- b) Brechung der Zinsknechtschaft;
- c) Bodenreform, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jedweder Bodenspekulation.

Diese drei Punkte erweckten den Eindruck, der Nationalsozialismus sei vom gleichen Geist beseelt wie die Freiwirtschaft. Sie hätten fast wörtlich aus einem freiwirtschaftlichen oder auch physiokratischen Programm abgeschrieben sein können. Die NSDAP war anscheinend auf dem Weg zu einer Natürlichen Wirtschaftsordnung. *Hitler* wußte offenbar nur noch nicht die Mittel, durch welche sein Wirtschaftsprogramm realisiert werden konnte. Diese Mittel - Freigeld, Freiland und Festwährung - konnten ihm die Freiwirte nennen und nahebringen. Sie hielten das NS-Regime für ein nachkapitalistisches System. Sein Herzstück sei ja die Brechung der Zinsknechtschaft.

Das politische Programm der NSDAP wurde ausgeblendet. Hingegen klammerten sich viele Freiwirte an ihr Wirtschaftsprogramm. Sie hielten es für beständiger als die meisten NS-Spitzenfunktionäre, welche *Hitlers* bewegliche Strategie und Taktik besser kannten. Er wurde vom *Physiokratischen Kampfbund* sanft gemahnt: „Die Revolution soll nicht nur eine nationale, sondern auch eine soziale sein.“ Neun Monate später war der FKB verboten.

Auch die Bewunderung für das Geschick, mit der die NSDAP aus einer Randgruppe zur stärksten Partei der Weimarer Republik gemacht wurde, spielte eine Rolle. Im Unterschied zu *Gesell* war *Hitler* ein Volkstribun, neben *Trotzki* und *Kerenski* auch einer der größten Redner des 20. Jahrhunderts. Von ihm ging eine gewaltige Dynamik und Willenskraft aus, die in der NWO-Bewegung fehlte. Was *Gesell* mißlungen war, hatte *Hitler* vollbracht: die Massen in Millionenzahl zu gewinnen. Viele Freiwirte wurden Anbeter des Erfolgs. Es gab auch die Hoffnung, durch die NSDAP auf die Massen einwirken und sie mit freiwirtschaftlichen Ideen gleichsam befruchten zu können. Dazu mußte man entweder selber die braune Uniform tragen oder sich ein publizistisches Organ schaffen, das im Schatten der neuen Macht stand und von ihr wohlwollend toleriert wurde. Beide Wege wurden beschritten.

Der Nationalsozialismus war die große Versuchung der Freiwirtschaft. Obwohl es in dieser auch entschiedene *Hitler*-Gegner und Widerständler gab, von denen einige rechtzeitig warnten, erlagen ihr auffallend viele Freiwirte, selbst aus der NWO-Intelligenz. Es rächten sich jetzt das Spiel mit der Diktatur-Idee und die Gleichgültigkeit gegenüber der Staatsform, vor allem die physiokratische Unterschätzung der nationalen Frage, ihrer Brisanz. Umso leichter konnte sie nun, völkisch getönt, die NWO-Bewegung unterwandern. *Otto Maaß* definierte den Nationalsozialismus als Gesamtheit der völkisch Gesinnten, die nicht nur einen Wiederaufbau, sondern einen Neubau des Deutschen Reiches erstrebten. Dies setze

Volkseinheit und die Lösung der sozialen Frage voraus, wozu die Freiwirte am meisten beitragen könnten.

## Der Wille zur Macht

Auf *Otto Lautenbach* wirkten alle erwähnten Gründe. Er faßte sie zusammen. Sein Name stand nicht unter dem Gründungsauf Ruf des *Roland-Bundes*, aber viele der Unterzeichner sollten bald seine Mitarbeiter werden. Er ging einen eigenen Weg, der wahrlich gewagt war, jedoch ebenfalls Bewunderer fand. Mit *Hitlers* Machtantritt war seine Stunde gekommen.

*Lautenbach* hatte noch drei spezielle Gründe, sich dem Nationalsozialismus zu nähern. Jener Fackelumzug der Berliner SA nach der Berufung *Hitlers* zum neuen Reichskanzler, der sich wie ein Drache durch die Berliner Straßen wand, war ihm als Neuaufbruch des Lebens erschienen. Nietzscheaner seit dem Augenblick, da er die erste Seite des „*Zarathustra*“ las, sah er den Nationalsozialismus als Testamentsvollstrecker *Nietzsches*. Schließlich fühlte er sich *Hitler* gewachsen und diesen auf seine Beratung angewiesen. Deshalb konnte er es vermeiden, die braune Uniform anzuziehen, zumal sie ihm nicht lag und stand. Offiziell bekannte sich *Otto Lautenbach* nur zur nationalen Revolution. Sein Weg war der der Gründung einer neuen Zeitschrift unter dem Titel „*Schule der Freiheit*“ (SdF). Sie erschien (mit zwei kurzen Verbotsunterbrechungen) vom Frühjahr 1933 bis Juni 1943. Schon im August 1933 lagen 1.800 Abonnements vor, ohne Zweifel hauptsächlich aus freiwirtschaftlichen Kreisen. *Lautenbach* hatte es fertiggebracht, den letzten Bundestag des *Freiwirtschaftsbundes* Pfingsten 1933 unter seine Kontrolle zu bringen. Nach dem Zeugnis *Karl Walkers* bot er der nationalsozialistischen Regierung einmütig seine Mitarbeit zur Lösung der sozialen Frage in Deutschland an. *Lautenbachs* Überredungskunst gelang eine weltanschaulich-politische Neuorientierung der freilich arg zusammengeschrumpften NWO-Bewegung, wobei er sich klugerweise vor allem auf ihre Mitte stützte, auf den *Freiwirtschaftsbund*.

Was diese Neuorientierung bedeutete, ist aus seinen Leit- und Gedenkartikeln in der SdF zu ersehen. Deutschland und Europa hätten einen Wendepunkt erreicht. Mit dem Nationalsozialismus „marschiert die neue Zeit. .. Anstelle des parlamentarisch-liberalistischen Systems tritt die universalistische Ordnung der Bindung.“ Das geschah umsturzartig. „In Zeiten des Umsturzes braucht man eine starke Macht, um all das gegen die Herde (!) durchzuführen, was notwendig ist.“ Deshalb müsse der demokratische Staat einem autoritären weichen.

Die 'universalistische Ordnung der Bindung' hatte *Othmar Spann* entworfen, dessen deutsches Sprachrohr *Paul Krannhals* von namhaften Freiwirten protegiert wurde. Mit dem Begriff 'Herde' griff *Lautenbach* einen Begriff von *Nietzsche* auf, in den er selber das ganze Bürgertum hineinstopfte, ausgenommen seine eigene Person. Er hatte eine Spürnase für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, die er gegen den 'Reaktionär' *Spengler* in Schutz nahm, weil er sie für 'unverbrauchtes Menschentum' hielt.

*Nietzsches* Werk wurde von *Lautenbach* in einen einzigen Satz gepreßt: „*Das Gesunde und Starke muß nach oben, das Kranke und Schwache muß nach unten.*“ Nur auf diese Weise könne die natürliche Rangordnung wiederhergestellt werden, nachdem der Schutt des demokratischen Systems beiseite geräumt sei, das an Dekadenz und großer Müdigkeit zugrundeging. Nun wehe ein frischer Wind. Die neue Zeit stehe im Zeichen der Umwertung aller Werte. Sie war *Nietzsches* Zeit. „*Von ihrer Erfüllung hängt die Zukunft unserer abendländischen Welt ab.*“ Blutleere Geistigkeit war nicht mehr gefragt. Sie mußte gebändigt, in die große Form gebunden und in Zucht genommen werden. Das besorgte der Nationalsozialismus, doch der neuen Form einen würdigen Inhalt geben könne nur die „*Schule der Freiheit*“.

*Luthers* Werk wurde mißbraucht, weil es sich nicht in die Tat und lebendiges Leben umsetzte, mißbraucht von liberalen Denkern. „*Wir wollen nicht frei von etwas, sondern zu etwas sein - das ist die Freiheit des nordischen Menschen*“ im Gegensatz zum östlichen. *Nietzsche* wollte nur die Freiheit der kämpfenden und schöpferischen Menschen, „*die Gott als ihr eigenes Geschöpf betrachten*“. Alle anderen betrachtete er als die Herde mit sklavischer Gesinnung.

Diesen geistigen Aristokratismus übernahm *Lautenbach* und projizierte ihn auf *Hitler*. Wie *Hegel* in *Napoleon*, so sah er in *Adolf Hitler* eine Verkörperung des Weltgeistes, darüber hinaus auch des Weltwillens, weshalb sich ihm niemand in den Weg stellen sollte. Die Zeit des Liberalismus und der Demokratie sei unwiderstehlich zu Ende. Das ganze Abendland suche nach einer neuen Struktur. Ihre erste Gußform war der italienische Faschismus; mit dem nationalsozialistischen Staat war eine zweite und noch festere entstanden. Das waren Glieder einer völkisch-sozialen Revolution. Sie werde die ganze Erde von Grund auf umformen. Dazu sollten auch die Freiwirte beitragen. Sie könnten sogar einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Nationale Revolution war nur der Auftakt und mußte mit völkischer Gesinnung weitergetrieben werden. Es fehlte jedoch nicht an Rückbindungen. Bezeichnend war ein Gedenkartikel von *Lautenbach* über *Ludendorff*. Mit diesem „*genialen Feldherrn*“ der deutschen Armee sei „*einer der großen unseres Volkes dahingeschieden. .. Er gehörte zu den wenigen, in denen sich das urdeutsche Streben nach Universalität, nach der umfassenden Schau des gesamten völkischen und individuellen Lebens sichtbar für alle auswirkt. Nach dem Kriege stand der Feldherr Ludendorff in der ersten Reihe der Kämpfer für die völkische deutsche Erneuerung. .. In seiner Zeitschrift und seinen Büchern führte er unerbittlich den Kampf gegen die überstaatlichen Mächte*“ (Freimaurer, Judentum und katholische Kirche). Dieser Gedenkartikel war auch ein Stück Selbstenthüllung.

*Lautenbach* blieb Gesellianer, aber er war auch *Nietzschaner* sowie *Othmar Spann* und *Adolf Hitler* verpflichtet. Diese vier Elemente seines Denkens und Wollens waren in den völkischen Strom getaucht und auf die 'Herrschaft der Edlen' wider die 'überstaatlichen Mächte' gerichtet. Seinem Stil haftete eine gewisse Eleganz, Vornehmheit und Zurückhaltung an. Die groben Formulierungen etwa über die enge Verbindung von Plutokratie und Weltjudentum überließ er

*Becker, Uhle* und anderen Mitarbeitern. Seine Zeitschrift war eine freiwirtschaftlich-nationalsozialistische. Auch *Karl Walker* schrieb dafür einige Beiträge, zog sich aber langsam zurück. Sein Aufsatz „*Nationalsozialismus und Wissenschaft*“ zeigte, daß er den letzteren durchschaute. *Walker* war die treibende Kraft, aus den Gesellianern der erweiterten Redaktion einen Widerstandskreis zu bilden.

Hinter der intellektuellen Brillanz *Lautenbachs* lag die geistig verödete Landschaft von Fehldiagnosen, Vereinfachungen, Behauptungen und Unterstellungen. Einer der ersten politischen Manager, manipulierte er bis zu einem gewissen Grade auch sich selbst.

## Fazit

*Otto Lautenbach* hat seine völkische Gesinnung lange verborgen, auch über die Wiederaufnahme seines *Nietzsche*-Studiums im Jahre 1928 nichts verlauten lassen. Die meisten Freiwirte dachten einspurig, allein auf *Gesell* bezogen - er dachte mehrspurig und war insgeheim auf verschiedenen Ebenen tätig. Einerseits knüpfte er bei *Lagarde, Langbehn, Paul Ernst, Krannhals* und *Spann* an, andererseits sah er sich schon nach Mitarbeitern und Gehilfen für einen eigenständigen Kurs und eine neue Zeitschrift um.

Als der *Roland-Bund* der Gleichschaltung im Dritten Reich anheimfiel, stürzte die von *Radecke* errichtete Brücke zwischen Freiwirtschaft und Nationalsozialismus zusammen. *Lautenbach* baute sie mit seiner „*Schule der Freiheit*“ wieder auf. Daß diese der Gleichschaltung entging und überhaupt zehn Jahre lang erscheinen durfte, war wohl vor allem *Lautenbachs* Geschicklichkeit und Jonglierkunst zu verdanken; er muß jedoch Mittelsmänner und Fürsprecher sowohl im Propagandaministerium als auch im Wirtschaftsministerium gehabt haben, sonst hätte er sich gewiß nicht so lange halten können. *Lautenbach* war das, was man erst in den 50er Jahren einen 'cleveren Typ' nennen sollte. Von unglaublicher Geschmeidigkeit, flitzte er zwischen den verschiedenen Dienststellen und Behörden des NS-Regimes hin und her, aus ihnen auch neue Mitarbeiter wie *Hochstetter* und *Uhle* klaubend. Anpassungsfähig wie kein anderer Freiwirt, war er doch immer auf Machtgewinn und den Ausbau einer selbständigen Position bedacht, wozu er auch einen eigenen Verlag gründete.

Nach *Hitlers* Machtantritt glaubte *Lautenbach*, sich einfach auf den Boden der neuen Tatsachen stellen zu müssen, um von der NWO-Bewegung zu retten, was noch gerettet werden konnte. Rettung war anscheinend nur durch eine Allianz mit dem Nationalsozialismus möglich, die jedoch nicht zur Selbstaufgabe führen durfte. Der freiwirtschaftliche Nationalsozialismus *Lautenbachs* zielte auf eine nationalsozialistische Freiwirtschaft als praktische Übergangsform. Vom NS-Staat erhoffte er als ersten Schritt eine Zerschlagung der Goldenen Internationale. Deshalb mußte ihm 'freie Bahn' gegeben werden, statt ihn durch Kritik zu zersetzen. *Lautenbach* hat allerdings nie an ein tausendjähriges Drittes Reich geglaubt. Dazu war er zu nüchtern, auch historisch-wissensmäßig zu beschlagen. Jedoch sah er in

**Hitler** das geeignetste Instrument der 'Welt-Wollung', bis ihm klar wurde, daß er abwärts taumelte. **Hitler** war ihm zunächst der mächtigste Wille zur Macht und ein Bruder im Geiste *Nietzsches*, erst spät erkannte er den großen Verführer. Nun erschien ihm *Haushofer* mit seiner Geopolitik als der geeigneterer Bundesgenosse bei der Umwertung aller Werte. Die „*Schule der Freiheit*“ spielte eine Doppelrolle. Einerseits war sie eine freiwirtschaftliche Zeitschrift, andererseits ein publizistisches Organ des Dritten Reiches mit freiwirtschaftlichem Akzent. Indes mag *Lautenbachs* „*Schule der Freiheit*“ für viele Freiwirte der einzige Lichtfunke in einer dunklen Zeit gewesen sein - wenn auch irreführend, so doch *Gesells* Erbe bewahrend. Für andere war sie die letzte Möglichkeit, zu publizieren. Aber **Hitler** warf auch seinen Schatten zwischen *Lautenbach* und *Gesell*.

Meines Erachtens gab es nicht einmal „eine auf ihre Zielsetzung reduzierte Affinität“ von Nationalsozialismus und Freiwirtschaft (*Lindner*). Diese war und ist hingegen mit dem Liberalismus verwandt. Gerade die Abkehr vom Liberalismus trieb viele Freiwirte dem Nationalsozialismus zu. Eine Vermittlerrolle spielte das 'organische Weltbild' von *Krannhals*, worüber Prof. Dr. *Diehl* auf einem Bundestag des *Freiwirtschaftsbundes* einen enthusiastischen Vortrag gehalten hatte. Er korrigierte sich aber, als ein NS-Theoretiker *Krannhals* mit Recht so auslegte, daß fortan das Gesetz des Ganzen über Teile und Glieder herrschen müsse ('Das Volk ist alles, der einzelne nichts').

Die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus und dessen Systems nach 1945 war dürftig. *Hans Schumann* blockierte sie. Am grundsätzlichsten haben Prof. Dr. *Diehl* und *Karl Walker* abgerechnet.

## Nachwort

Trotz eines Publikationsverbots tauchte *Otto Lautenbach* nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wieder in der Öffentlichkeit auf, von der Glorie eines Widerstandskämpfers umgeben. Schon im September 1946 stand er an der Spitze des neuen *Freiwirtschaftsbundes*. *Wilhelm Radecke* wurde später Vorsitzender der *Freisozialen Union* (FSU). Die neue Freiwirtschaftsbewegung vermied jegliche Entnazifizierung. Aber ist es nicht unglaublich, daß ausgerechnet die beiden wichtigsten Exponenten der NS-Freiwirtschaft zu Vorsitzenden der größten Organisationen gewählt wurden ?

*Lautenbach* erwies sich freilich wiederum als der einzige Politiker unter Tausenden von Freiwirten. Selbst eine Reihe von Gewerkschaftsführern folgte seiner Einladung zum Besuch eines freiwirtschaftlichen Kongresses. Zusammen mit Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* brachte er die Zeitschrift „*Währung und Wirtschaft*“ heraus. *Erhard* gab sogar seinen „*Blättern der Freiheit*“ ein Interview. Der gemeinsame Bezugspunkt war das Bekenntnis zum Neoliberalismus der Freiburger Schule *Walter Euckens*. Der neue *Freiwirtschaftsbund* wurde zum Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft.

Das war sein Erfolg, der *Otto Lautenbachs* Allianz mit dem Nationalsozialismus vergessen ließ und verdunkelte. Tatsächlich konnte man ihn den erfolgreichsten Freiwirtschaftler nennen, sogar im internationalen Maßstab. Blender und Organisator von Format, gewann er erst nach dem zweiten Weltkrieg ein eigenständiges geistiges Profil, richtete sich aber gesundheitlich durch übermäßigen Kaffee- und Zigarettenkonsum selber zugrunde. Für mich war er die schillerndste Persönlichkeit der Freiwirtschaft: genial veranlagt und gewissenlos lebend, Tausende durch seine Reden aufpeitschend, als erster Freiwirt die modernen Medien meisternd und tief in andere Kreise vorstoßend, bis er auf einmal zusammenbrach und den neuen *Freiwirtschaftsbund* mitriß unter die Erde. Sein Wille zur Macht war hohl und wirkte doch faszinierend auf viele. Vielleicht hat ihn seine Allianz mit dem Nationalsozialismus zerbrochen. Es war ein Schattenspiel um *Otto Lautenbach*, das sich weder im Guten noch im Bösen zur vollen Wahrhaftigkeit durchringen konnte und immer eine Maske trug, bis ihn der Tod davon erlöste und streckte.